

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abnahme von mehreren Exemplaren, bei Bestellung im Voraus durch weitere Abnahme in  
Vorauszahlung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal pro Woche mit dem Sonntags- und  
Feiertagsheft. — Bei Abnahme von mehreren Exemplaren ist eine mit beifolgender Cardinalien  
zu versehen. — Die Adressen unvollständiger Bestellungen übersehen wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8seitig, illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuen Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile über dem Haupttitel: 20 Pf., im Restraum 40 Pf. Bei langfristigen Anzeigen und bei Abnahme von mehreren Exemplaren sind besondere Bedingungen, nach Absprache mit dem Verleger, zu vereinbaren. — Die Anzeigen sind zu bringen im Voraus. — Die Anzeigen sind zu bringen im Voraus. — Die Anzeigen sind zu bringen im Voraus.

Nr. 18.

Sonntagabend den 21. März 1914.

40. Jahrg.

## Preussische Eisenbahnpolitik.

Le. Im preussischen Abgeordnetenhaus zeitigt die Beratung des Eisenbahnbudgets, die jetzt dort ansteht und das Haus noch einige Zeit beschäftigen wird, manche interessante Erörterungen. Das Staatsbahnbudget ist ja in Preußen das Rückgrat der gesamten Finanzen, und daher ist die Frage einer gesunden, ebenso großzügigen wie wirtschaftlichen Eisenbahnpolitik von allerhöchster Bedeutung für die Entwicklung des preussischen Finanzwesens überhaupt.

Alle Welt stimmt darin überein, daß die preussischen Eisenbahnen hinsichtlich ihrer finanziellen Entwicklung, wie hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für das ganze Land und auch ihrer technischen Ausgestaltung und Verkehrssicherheit auf einer außerordentlichen Höhe stehen. Die Tüchtigkeit des preussischen Beamtenums und der tüchtigsten Kräfte aller Art hat sich hier wieder einmal glänzend bewährt. Von der wirtschaftlichen Bedeutung der preussischen Staatsbahnen legt Zeugnis ab schon allein die einzige Tatsache, daß die Eisenbahnenverwaltung im laufenden Jahre von der Industrie etwa für 330 Millionen Mark an Ausstattungsgegenständen und Materialien aller Art bezieht; sie ist also einer der größten Abnehmer der deutschen Industrie überhaupt. Gestützt ist das Beamten- und Arbeiterheer der Eisenbahnenverwaltung. Zur 1914 ist der Gesamtetat mit 396 812 Personen angenommen; dies bedeutet im Jahre von über 20 000 Personen mehr als im Jahre 1912.

Schließlich pro Tag beschäftigt gewesen sind. Hierzu kommen aber noch fast 86 000 Bahnunterhaltungsarbeiter und über 79 500 Werkstättenarbeiter, so daß das im ganzen bei der Eisenbahn beschäftigte Personal für das neue Staatsjahr mit weit über 1/2 Mill. Köpfen veranschlagt ist. Natürlich sind die für dieses Heer von Beamten und Arbeitern vorgesehenen persönlichen Ausgaben ganz enorm. Sie belaufen sich auf über 703 Millionen Mark für den neuen Etat und übersteigen damit den laufenden Etat um 55 1/2 Millionen, den abgeklärten Etat von 1912 um über 77 Millionen Mark.

Entsprechend dem wachsenden Verkehrsbedürfnis hat auch eine steigende Ausdehnung des Bahnnetzes stattgefunden. Während am Schlusse des Staatsjahres 1912 die Betriebslänge der vollspurigen Eisenbahnen 38 850 Kilometer betrug, stellte sich Anfang des Staatsjahres 1914 bereits eine Betriebslänge von 39 208 Kilometer heraus, und in dem neuen Staatsjahr werden voraussichtlich noch 590 Kilometer vollspurige Bahnen hinzukommen.

Sichtlich der Einnahmen beim Personenverkehr, wie auch beim Güterverkehr wird mit einer jährlichen Verkehrserhöhung von 3 Proz. gerechnet. Die Gesamteinnahme beim Personen- und Gepäckverkehr ist für 1914 auf nicht weniger als 730 Millionen Mark veranschlagt. Von 1908 bis 1912 haben die Einnahmen aus dem Personenverkehr um reichlich 28 Prozent zugenommen, die beförderte Personenzahl ist um fast 29 Prozent gestiegen. Beim Güterverkehr wird für 1914 mit einer Gesamteinnahme von 1 744 Millionen Mark gerechnet, das sind gegen 1912 94 und gegen 1913 73 1/2 Millionen Mark mehr.

Entsprechend diesen riesigen Summen sind natürlich auch die Mehraufwendungen für Betriebsmittel, für die Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge, für die Vermehrung des Personals usw. außerordentlich hoch. An etatsmäßigen Beamtenstellen sind allein 9944 mehr angefordert; zur Erhöhung des durchschnittlichen Lohnincommens der Betriebsarbeiter sind rund 11 Millionen Mark vorgesehen.

Bekanntlich ist vor einigen Jahren ein Ausgleichsfonds geschaffen worden, und zwar zunächst für einen fünfjährigen Zeitraum, der mit dem Staatsjahr 1914 abläuft. Derjenige Betrag des Reinerlöses, der 2,10 Proz. des staatlichen Anlagekapitals der preussischen Staatsbahnen übersteigt, ist an diesen Ausgleichsfonds abzuführen. Auf Grund dieses sind dem genannten Fonds von 1910—1912 rund 407 Millionen Mark zugeflossen; am Ende der fünf-

jährigen Periode wird er schätzungsweise eine Summe von 415 Millionen Mark enthalten. Der Finanzminister hat selbst zugegeben, daß hierin eine sehr starke Reserve liegt. Aber die Regierung hat sich durchaus dagegen geäußert, von ihrer Politik der Schöpfung des Ausgleichsfonds abzusehen. Wenn auch zweifellos die Auffüllung eines solchen Fonds zur Ausgleichung für schlechte Jahre bei der großen Abhängigkeit des Eisenbahnwesens von der Konjunktur und der wirtschaftlichen Entwicklung wünschenswert, ja notwendig ist, so ist doch die Frage durchaus zu würdigen, ob nicht durch eine allzu große Zehnerung des Fonds eine unnötige Belastung der Gegenwart zugunsten der Zukunft stattfindet. Der vorstehende Staatsmann soll freilich nicht bloß für die Gegenwart arbeiten, sondern auch für die Zukunft bedacht sein; aber schließlich muß man doch auch der Zukunft einen Teil ihrer Sorgen überlassen. Es erscheint jedenfalls recht wenig wirtschaftlich, die hohen und drückenden Steuerzuschläge, die gegenwärtig etwa 72 Millionen Mark erbringen, noch aufrecht zu erhalten, obwohl die Überschüsse der Eisenbahnen einen Wegfall verdienstlicher, und auch der Gesichtspunkt, den der Abg. Dr. P a g n i e hervorgehob, verdient durchaus Berücksichtigung, nämlich daß ein erheblicher Teil des Ertragsüberschusses zur Entlastung der Gegenwart und zur Ermöglichung der Steuerabdrückung auf Anteile genommen werden müßte. Mit Recht wurde betont, daß der Geldmarkt, wenn nur der richtige Zins für die Anleihe feststeht, in der Lage ist, Anleihen anzunehmen, besonders dann, wenn diese verwendbar sind, also nicht unproduktiv liegen bleiben. Und in der Tat braucht der preussische Staat eine Vermehrung der Schuldenlast nicht zu fürchten, wenn die Anleihe in so nutzbringender Weise und zum Vorteil der lebenden Generation verwendet wird, wie dies hier der Fall sein würde. Die Regierung und die Mehrheitsparteien wollen aber auf derartige Vorschläge nicht eingehen, und so stehen wir vor der Tatsache, daß die preussische Eisenbahn prall und rund in ihren Überschüssen dasteht, daß aber das preussische Volk von dieser günstigen Entwicklung nicht den Nutzen hat, den es bei einer immer noch sehr vorzüglichen und soliden Finanzgebarung haben könnte.

## Ueber die Novelle zum preussischen Kommunal-Abgabengesetz.

die jetzt bekanntlich in einer Kommission des Abgeordnetenhauses steht, äußert sich kritisch in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ der bekannte Kommunalpolitiker Stadtrat Dr. P f e u ß-Berlin. Er konstatiert, daß seit dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes von 1893 die moderne Entwicklung immer neue Gebiete der öffentlichen Tätigkeit zugeführt habe und Reich und Staat zahlreiche aus dieser Entwicklung sich ergebende Funktionen auf die Gemeinden abgelehnt hätten; es sei dies eine großartige und für den Kommunalpolitiker erhebende Entwicklung, die aber freilich schwere finanzielle Sorgen auslöste. So sei es natürlich, daß die kommunalen Zuschläge zu den staatlich veranlagten Steuern weit über das normale Maß hinaus gestiegen seien. Preuß gibt zu, daß ein finanzieller Ausstoß für die Gemeinden auf dem von Reich und Staat mit Beschlag belegten Steuergebiet nicht mehr zu finden sei, und der Entwurf sagt daher nach seiner Meinung mit Recht, man müsse sich darauf beschränken, durch eine Reihe kleinerer Mittel den Gemeinden zu helfen. Wirksamere als durch Erhebung neuer Einnahmequellen könne ein Kommunalabgabengesetz die Gemeinden fördern, wenn es ihre finanzielle Bewegungsfreiheit möglichst wenig einschränkt. Die Heraushebung der genehmigungsfreien Grenze für die Einkommensteuer von 100 auf 150 Prozent hält Preuß für sehr bedauerlich, für eine „mäßige Einschränkung der Staatsaufsicht“. Als die „bedenklichste Bestimmung des Entwurfs, die einzige Verschlechterung des bestehenden Rechts“ bezeichnet Preuß die neue Gestaltung des § 25. Er schreibt:

„Unter starker Einwirkung der Regierung sind die Gemeinden mehr und mehr zur Schaffung von Grundsteuern nach dem gemeinen Wert übergegangen. Die Überlegenheit dieser Steuerform erkennt auch die Novelle noch an; aber sie glaubt den „bodenständigen Landwirt und Gärtner“ gegen Gärten dieser Steuer schütten zu müssen, indem sie in der Hauptlage den vielmehr § 17, 2 des Wehrbeitragsgesetzes in ihren § 25 aufnimmt. Hier tritt also das Stadium des Reinertrages als Ertragsart an die Stelle des gemeinen Wertes; evtl. der zuletzt für das Grundstück gezahlte Preis. Der Entwurf glaubt, durch starke Kartellen einem Mißbrauch seiner neuen Bestimmungen seitens der Veranlagten vorgebeugt zu haben. Aber weder der Ausschluß des gewerbemäßigen Grundstücksverkehrs, noch die Forderung der eigenen Veranlagung, noch die Ausnahme für die an vorhandenen, zur Bebauung bestimmten Straßen gelegenen Flächen können die Einfügung dieses Fremdkörpers umherbringen. Wie man auch über die entsprechende Bestimmung in den Reichs- und Staatssteuergesetzen urteilen mag, für die praktisch hier allein in Betracht kommenden, in wachsender Ausdehnung begriffenen Gemeinden ist sie widerständig. Die treffende Kritik in den Verhandlungen des Städtetages hätte vor diesem Beschluß bedauern sollen.“

## Ueber das Schicksal der Reichsbedarfs- und Novelle

den Reichsbedarfs- und Novelle. In der Sitzung der Budgetkommission wurde am Donnerstag die Beratung in erster Lesung zu Ende geführt. Der Verlauf der Verhandlungen bietet leider wenig Aussicht, daß eine Verständigung zwischen der Mehrheit des Reichstages und der Regierung zustande kommen wird. Die bürgerlichen Parteien hatten sich vorwiegend auf ein Mindestmaß von Forderungen geeinigt, das allerdings über die Regierungsvorlage in zwei wesentlichen Punkten hinausging: In die Belohnungsvorlage der Regierung war nicht aufgenommen eine Verrückung der gehobenen Unterbeamten und eine durchgreifende Reform der Belohnung der höheren Beamten. Auch diesen beiden Richtungen der hohen Anträge der bürgerlichen Parteien vor. Auch die Sozialdemokratie, die angefordert worden war, dem bürgerlichen Kompromiß beizutreten, dies aber nicht getan hatte, hielt sich mit ihren Anträgen im wesentlichen in denselben Grenzen, wie es der Kompromißantrag tat. Aber selbst die Verrückung der gehobenen Unterbeamten wurde von Seiten der Regierungsbekannt, befremdlicher Begehrtheit und mit Gründen befehligt, die von niemandem in der Kommission als stichhaltig und schwerwiegend angesehen wurden. Der Reichsbedarfs- und der Staatssekretär des Reichspostamts fanden bei ihrer Bekämpfung der Anträge auch noch eine überaus brisante Unterstützung von Seiten eines Vertreters des preussischen Finanzministeriums. Dieser wies darauf hin, daß die Verbesserung der gehobenen Unterbeamten eine Aufbesserung der Weidmänner erster Klasse, der Schulleute, der Lokomotivführer, der Förster, der Steuerhelfer in Preußen zur Folge haben würde. Diesen Ausführungen gegenüber wurde von fortschrittlicher Seite betont, daß, wenn die beantragte Aufbesserung jener Unterbeamten die Verbesserung der Lage dieser preussischen Beamten nach sich ziehen müßte, der Reichstag um so mehr Ursache habe, auf seiner Forderung zu bestehen, da er sich dann gleichzeitig auch ein Verdienst erwarbe, um die vorerwähnten preussischen Beamtenkategorien, die fast wohl auch leer ausgehen würden. Die Regierungsbekannt hatzen aber von ihrem Standpunkt nicht abzurücken, so daß sich nach der Annahme des Kompromißantrages eine kritische Situation ergab.

Ein heftiger Kampf entspann sich auch um den § 5 der Novelle, der den Abbau der Zulagen für die Reichsbedarfsbediensteten in Maß-Vollbringen besteht. Ein Kompromißantrag, Erhöher-Beibehaltung, der die Würdigung der Zulagen für die Unterbeamten zu mildern, andererseits aber in gerechter Weise die allmähliche Entziehung der Zulage auf alle Beamtenkategorien zu erreichen, fand nicht die Mehrheit der Kommission, dagegen wurde der Antrag auf Streichung des ganzen Paragraphen schließlich mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die fünf Lesungen der Belohnungsnovelle von vornherein in Aussicht genommen werden, so wird sich nur in der Zwischenzeit ereignen, ob die Regierung genügt ist, den Beschlüssen der Budgetkommission beizutreten oder nicht. Da mit Ausnahme des eben erwähnten § 5 die Beschlüsse in der Kommission einstimmig gefaßt wurden, so ist wohl kaum anzunehmen, daß der Reichstag im Plenum selbst wesentlich von der Stellungnahme seiner Kommission abweichen wird. Die Verantwortung für ein solches Scheitern der Belohnungsnovelle und damit der wichtigsten und unauflöslichen Aufbesserung der Beamtengehälter würde die Reichsregierung auf sich zu nehmen haben.

## Deutschlands Interessen in China.

In der Mittwochsitzung der Budgetkommission des Reichstags gab der Staatssekretär zunächst einen Überblick über die bisherige Entwicklung Kiautshous. Das Bestreben ging von jeher dahin, Kiautshou wirtschaftlich zu heben und unjener kulturellen Beschäftigungen in China nachkommen. Andere Eisenbahnbauten haben wesentliche Fortschritte gemacht, insbesondere durch die endliche Realisierung der beiden neuen Schantungbahnen. Die Bahnen, für welche neuerdings Konzessionen gewährt worden sind, waren schon in dem Verträge über die Beilegung vorgelesen. Nach dem Bau der Tsinanbahn hat man in den Schantung keine Stimmung für einen weiteren Ausbau gefunden, man hat daher die Bahnkonzession zurückgegeben, das ist nicht gesehen unter der Bedingung, daß chinesische Staatsbahnen gebaut werden, und so hat Deutschland wieder Anspruch auf den Bau bekommen. Durch die verschiedenen Bahnanschlüsse wird Tjingtau so intensiv mit dem Innern Chinas verbunden, daß es ein nützlich Glied des dortigen Wirtschaftskreislaufes zu werden vermag. Beschlüssen ist die Errichtung eines Eisenwerkes in Tjingtau. Die Vorbereitungen dafür, Kohlen und Erze, sind vorhanden. Die Schantungkohle hat sich sehr bewährt, sie kommt der besten westfälischen Kohle gleich und wird auf allen deutschen Kriegsschiffen in Ostasien gebraucht. Nach den neueren Untersuchungen sind mindestens zwei Millionen Tonnen Kohle vorhanden. Die Qualität der besten Schichten ist noch nicht bekannt, vorausichtlich ist sie noch besser als die der oberen. Weiter ist festgestellt, daß in der Nähe der Bahn vorzügliche Magnetitenergie vorhanden sind, sicher 100 000 Millionen Tonnen. Hier ist auch Kohle und Eisen zusammen in einem Maße, wie wohl sonst in China gesehen nicht. Die Eisenbahn hat die Wirtschaftlichkeit des Schutgebietes ist wirtschaftlich und kulturell schneller vor sich gegangen, als ursprünglich vorauszuheben war. Das Interesse für China ist allerdings auch in deutschen Industriekreisen im Wachsen begriffen, aber es entspricht nicht der hohen Bedeutung des chinesischen Marktes. Die Warenverteilung ist heute noch durch Unzulänglichkeit des Interesses noch mehr zu belegen. Die deutsche Industrie muß die Zeit beim Schopfe fassen, damit diese nicht über sie hinweggeht. Der Schiffverkehr und die Einwohnerzahl Tjingtaus haben sehr erfreulich zugenommen. Von hohem Wert für das deutsche Eisen ist die Tjingtauer Hochschule, namentlich in ihrer Organisation. Da sie in der quantitativen Ausbildung doch nicht alle unsere Wünsche erreichen können, so müssen wir auf die qualitative Ausbildung besonderen Wert legen. Das wird auch dem deutschen wirtschaftlichen Interesse zugute kommen.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmerman bemerkte, daß einer der in der Untersuchung über die Zurüstung der in China stationierten ja 500 Mann starken deutschen Truppe nicht das Wort geredet werden könne. Es sind in der letzten Zeit zwar keine fremdenfeindlichen Ausschreitungen vorgekommen, auch darf man volles Vertrauen zu dem letzten Präsidenten haben, doch kann das Vertrauen in die deutsche Regierung nicht unbedingt in der Person des Präsidenten. Nun ist bekannt, daß Hart gegen ihn gearbeitet wird. Die Kommunistenpartei, die er niedergeworfen hat, ist noch in zahlreichen geheimen Gesellschaften tätig. Auch die Bewegung des Weißen Wolfes soll mit ihr in Zusammenhang stehen. Sollte sie auch in die Richtung der Bewegung der roten Arbeiter gehen, so würde vorausichtlich wieder alles ins Wanken kommen. An zuverlässigen Truppen hat er in Peking etwa 12 000 Mann zur Verfügung; andere Truppenteile sind in verschiedenen Provinzen beschäftigt, aber nicht alle sind sicher. Ausland, das bereit ist, seine Truppen zurückzugeben, kann sie im Bedarfsfälle aus der nördlichen Mandchurie leicht wieder nach Peking verschieben. Dieser ist nicht bekannt, daß die anderen Mächte der russischen Anregung folgen werden. Höchstens scheinen einige Mächte eine geringe Verminderung ihrer Truppenteile in Frage zu stehen. Deutschland hat nur 13 Offiziere und 427 Mann in Peking. Diese Truppe ist nach Ansicht des Gesandten und der deutschen Kaufleute in China vorläufig noch nicht erforderlich.

Ohne weitere Erörterung wurden die Mittel für die Maßnahmen zum Schutze deutscher Interessen mit rund 14 Millionen Mark bewilligt.

Eine längere Erörterung rief die geforderte Erweiterung der deutsch-chinesischen Hochschule auf 500 Schüler hervor. Es wurde ein wesentliches Bedürfnis der deutschen Wissenschaft in China gefordert; aber auch in der Heimat müßte mehr für das Chinesische geschehen. Bis jetzt gibt es in Deutschland erst zwei Dozenten für die chinesische Sprache. Es beliebt also nur eine sehr geringfügige Möglichkeit, in Deutschland das Chinesische richtig zu erkennen. Man sollte auch dafür sorgen, daß normale Chinesen in Deutschland studieren. Der Staatssekretär erklärte sich mit dem Grundgedanken der Vorredner einverstanden und hob das enge Zusammenarbeiten des Reichsmarineamts mit dem Auswärtigen Amt in der Schulfraße hervor. Allerdings ist zu bedenken, daß die amerikanischen Schulen in China aus Privatinitiativen unterhalten wurden, während es sich bei uns um Reichsmittel handelt. Mit der deutschen Hochschule in Tjingtau kann nur die aus Privatinitiativen begründete englische Hochschule in Hongkong in Wettbewerb treten. Die Eigenart der deutschen Schule liegt in ihrem staatlichen Charakter und in der Beteiligung von chinesischer Seite. Die Einrichtung von Vorbereitungsanstalten auf dem Chinesischen in der Heimat ist mit Schwierigkeiten verknüpft. Das Auswärtige Amt und das Reichsmarineamt können hier nicht direkt vorgehen, sondern nur Anregungen geben, und das haben sie in vollem Umfange getan.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes erklärte die Anregungen aus der Kommission für dankenswert. Wie weit sie sich ausführen lassen, ist an Ort und Stelle zu prüfen. Vorläufig geschieht von deutscher Seite noch zu wenig für Schulzwecke in China. Auch die Missionstätigkeit müßte mehr auf die Pflege der deutschen Sprache gelenkt werden. Bekanntlich sind von der chinesischen Regierung in letzter Zeit für die Verwendung der deutschen Sprache in chinesischen Schulen einige Zugeständnisse gemacht worden. Es kommt nun darauf an, den chinesischen Schülern des Deutschen mächtige Lehrer zur Verfügung zu stellen. Dazu sind erhebliche Hilfsmittel erforderlich. Der Zusammenfluß der verschiedenen China-Gesellschaften zur deutsch-chinesischen Vereinigung wird hauptsächlich aus unserer Werberbeit für das Schulwesen von Nutzen sein.

Die geforderten Mittel wurden bewilligt. Ein Antrag, in nächsten Jahr den Etat für Kiautshou einen neuen Titel „zur Verbreitung der deutschen Sprache und Förderung von Privatinitiativen für chinesische Schüler“ einzufügen, wurde ebenfalls angenommen. Im übrigen wurde der Etat in gleicher Folge erledigt. Der Staatssekretär beglückwünschte noch die Notwendigkeit einer Baumaterialfabrik für Tjingtau, wofür die Mittel ebenfalls bewilligt wurden.

## Balkannachrichten.

Der rumänische Thronfolger auf dem Wege nach Berlin. Wie aus Bukarest gemeldet wird, ist der rumänische Thronfolger, Prinz Ferdinand, mit Gemahlin nach Berlin abgereist. Am 28. März soll dann der rumänische Thronfolger mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Carol in Petersburg eintreffen, wo dessen Verlobung mit der ältesten Prinzessin Olga bekanntgegeben werden soll.

### Die Revision der rumänischen Verfassung.

Die rumänische Kammer hat in erster Lesung in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen eine Stimme bei acht Stimmenhaltungen beschlossen, den Entwurf über eine Revision der Verfassung in Erwägung zu ziehen.

Frankreichs Stimmungsmache in der Türkei. Der Minister des Auswärtigen, der General Vianon von Sanders in einem Briefe an Konstantinopel besondere militärische Vorbereitungen gegen Russland in Armenien empfohlen habe, wobei ein Berliner Telegramm des „Abn. Jg.“ aus Berlin, das dort nicht bekannt sei, worauf sich diese Angaben stützen könnten. Auch ist nicht anzunehmen, daß, wenn wirklich eine militärische Beratung in der Türkei stattgefunden hätte, seitens der Türkei der Berichterstatter des „Zents“ darüber unterrichtet worden wäre. Das „Abn. Jg.“ fragt angesichts des Umlandes, daß diese ungeläufigen Angaben vor dem Blickfeld der französisch-türkischen Anleihe verbreitet werden, ob in dieser Angelegenheit neue Schmierereien entworfen seien.

Die Eisenbahn-Gesellschaft von Albanien. In Tosen wurde eine Generalversammlung von Karl Fleming (Berlin) und Glogau) zum Preise von 150 Mk. veröffentlicht worden. Das große Format von 88 zu 71 Zentimetern (Wohlbau 1:600 000) ermöglicht eine vorzügliche Übersicht und gibt, man darf es wohl sagen, zum ersten Male ein genaues und klares Bild von den geographischen Verhältnissen des jüngsten europäischen Staates. Der Wert und der praktische Nutzen dieser Karte werden dadurch erhöht, daß von den Nachbarstaaten Albanien Montenegro, Serbien und Griechenland mit in wesentlichen Teilen auf ihr enthalten sind, das man sich auch bezüglich der Grenzverhältnisse trefflich zu orientieren vermag. Das Kartenbild ist durch seine laubere, sorgfältige Ausführung und die einwandfreie Drucktechnik von ausnehmender Übersichtlichkeit.

## Zur Lage in Frankreich

Wie gemeldet, daß Jaurès als Vorsitzender der Kommission der Untersuchung des Attentats auf den Kaiser am Donnerstag nachmittag zum ersten Male vor der Abstimmung des Senats über die Verleumdung richterlicher Befugnisse an die Kommission abgewartet. Jaurès glaubt, daß, wenn die Kommission am Freitag ihre Arbeiten beginnt und ihre Sitzungen ohne Unterbrechung vom Morgen bis zum Abend abhält, sie in drei bis vier Tagen ihre Ergebnisse mitzuteilen können.

Der Staatsanwalt Jaurès, der Autor des von dem General Caillaux ausgesetzten Schriftstückes im Fall Rochette, erklärte einem Berichterstatter, er denke durchaus nicht daran, seine Entlassung anzufragen. Er würde eine solche Handlungsweise als Fahnenflucht im Kampfe ansehen.

Der „Matin“ erzählt: Caillaux habe vor einiger Zeit den Oberstaatsanwalt habe zu sich berufen und ihn über den vielbesprochenen Bericht vom Jahre 1911 befragt. Dieser habe erwidert, dieses Schriftstück sei nicht vorhanden. Jaurès läßt vor dem Rochetteauschuss erklären, daß er seinerseits Caillaux habe erwidert, anzureufen, damit habe sagen wollen, daß der Bericht, den er in verfallener Weise dem damaligen Justizminister Briand übermittelte habe, nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden sollte. Jaurès hätte zu seinem Schutze das Original des Berichts für sich behalten. Der gegenwärtige Justizminister Biennemann hat kürzlich Jaurès gefragt, ob es wahr sei, daß er Briand ein solches Schriftstück übergeben habe. Jaurès habe bejaht, worauf Biennemann sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß dieses Schriftstück aus dem Justizministerium verschwunden sei, und Jaurès dies trotz wiederholten dringenden Ersuchen des Justizministers abgelehnt. — Das Matin berichtet weiter: Der Journalist Labri hat Caillaux erklärt, er könne die Verteidigung seiner Gattin nur dann übernehmen, wenn er es als eine ausgemachte Sache ansehen würde, daß Caillaux das Indentent Calmettes aus dem Spiel lasse. Labri habe auch der Redaktion des „Figaro“ eine ähnliche Erklärung abgegeben. Frau Caillaux wiederholte einem Schriftführer Labris gegenüber das Bedauern über ihre Tat. Sie sei über die Prestigekampagne wahnsinnig auferregt gewesen und habe jetzt ermahnt, daß sie eine schwere Schuld auf sich geladen habe, als sie sich einen Augenblick willenslos der Verzweiflung hingab.

Im parlamentarischen Kreise hält man es für wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Monis, der vor dem Rochetteauschuss erscheinen soll, für die Dauer der Untersuchung von seinem Amt zurücktreten wird. Falls die Untersuchung ergebe, daß er sich keines tadelnswerten Vorgehens schuldig gemacht habe, werde er wieder an die Spitze des Marineministeriums treten, das bis dahin provisorisch von einem anderen Mitglied des Kabinetts geteilt worden wurde.

Marineminister Monis hat tatsächlich am Donnerstag eine Demission gegeben. Mit der Leitung des Marineministeriums wurde interimistisch Kolonialminister Lebrun betraut.

Wichtigste der bevorstehenden Tätigkeit des Rochette-Auschusses handelte der konterattende Deputierte Geroliti eine Gesetzesantrag ein, daß die Artikel 352/61 des Strafgesetzbuches dahin abgeändert werden sollen, daß jeder, der vor dem Untersuchungsrichter eine falsche Zeugenaussage ablegt, mit Gefängnis, und zwar bis zu 5 Jahren, bestraft werde. Aber die Dringlichkeit des Antrages, dessen Bedeutung darin liegt, daß gegenwärtig die vor einem Untersuchungsrichter oder vor einem richterlichen

Befugnisse ausgestatteten Untersuchungskommission abgelegt, falschen Zeugenaussagen gemacht werden, wird am Schluß der heutigen Kammer Sitzung beraten werden.

Im Senat soll eine starke Gegnerpartei gegen die Verleumdung richterlicher Befugnisse an die Rochette-Kommission der Kammer herrschen. Zunächst hat man im Senat keine Eile. Die Bureau des Senats habe eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt, die den Bericht der Kammer, dem Rochette-Ausschuss richterliche Befugnisse zu erteilen, prüfen soll.

Die radikale und sozialistisch-radikale Gruppe der Kammer hat einstimmig einen Beschlußantrag gefaßt, in welchem sie dem früheren Finanzminister Calliauz, dem Verteidiger einer gerechten Norm der Besteuerung, angelehrt, der gegen ihn gerichteten abscheulichen Verleumdungstaktik ihre tiefste Sympathie und herzlichste Vertrauen ausdrückt.

## Politische Übersicht.

Zu der Verhaftung in Köln erklärt die „Abn. Jg.“, daß die Festnahme und die Verhaftung des russischen Korvettenkapitän Poljotow nach Lage der Umstände habe erfolgen müssen. Drei Personen, die Augenzeugen des Vorfalls gewesen sein wollen, haben die der Polizei gemachten, den Russen belastenden Angaben vor dem Verleumdungsrichter des Untersuchungsrichters wiederholt. Der Beschäftigte ist nach seiner Verhaftung unter Hinzuziehung eines Dolmetschers vernommen worden, wobei er zwar den ihm zur Last gelegten Diebstahlsverbrechen betritten und darzulegen hat, daß bei den Zeugen ein Irrtum obwalten müsse, er hat aber das Belastungsmaterial nicht auszuräumen vermocht, dieses soll vielmehr so klar und fest gewesen sein, daß es Zweifel ausgeschlossen habe und der Angeklagte die der Tat bringend verdächtig galt, so daß die Verhaftung für den Erfolg des Haftbefehls vorhanden war. Es wird der „Abn. Jg.“ noch erklärt, daß jedes deutsche Gericht auf Grund des vorliegenden Materials genau so gehandelt haben würde. Die Mitteilung in den russischen Zeitungen, daß der Beschäftigte von dem russischen Untersuchungsrichter unwürdig behandelt worden sei, ist als Unwahrheit bezeichnet, er sei vielmehr durchaus angemessen und korrekt behandelt worden, und es sei kein scharfer Ton gegen ihn angefallen worden. Ebenso wird in Abrede gestellt, daß er vom Verleumdungsrichter an der Abweisung eines Zeugnisses umgehört worden sei. Die russischen Marineoffiziere in Berlin sind verhaftet worden, weil man er einen solchen Antrag gestellt hätte, so würde man ihn auch gutgeheißen haben, das was wohl in jedem Falle Untersuchungsgegenstand gegenüber geschieht. Auch Vergünstigungen irgendwelcher Art würden ihm, wenn er sie beantragt haben würde, wie in jedem anderen Falle gewährt worden sein.

Staatspräsidenten. Der Ministerpräsident Graf Stürgkh sieht sich nunmehr genötigt, dieselben politischen Bahnen zu wandeln, die vor ihm Taaffe, Badeni, Körber in den Zeiten des alten Kabinettsparlamentes betreten haben, so oft die Opposition im österreichischen Abgeordnetenhaus ein Verbot ein und mit dem Parlament ein Verbot einbringen wollte. Ein Verbot macht, ein Verbot macht ein wenig in Verlegenheit geraten, daß in der österreichischen Verfassung sich ein § 14 befindet, der als Notartikel für das Staatsgesetz herhalten muß, so oft die Parlamentarismaschine den Dienst verläßt. Dieser beruht § 14 lautet:

Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen zuweisen veranlassungsgemäß § 14 Zustimmung des Reichsrats erforderlich ist, so ist in einer Zeit herauszufallen, wo dieser nicht vorliegt, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern solche keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes betreffen, keine dauernde Befassung des Staatsgesetzes und keine Veranlassung zum Staatsgericht betreffen. Solche Verordnungen haben provisorische Gesetzeskraft, wenn sie von sämtlichen Ministern unterzeichnet sind und mit ausdrücklicher Beziehung auf diese Befassung des Staatsgrundgesetzes kundgemacht werden. Die Gesetzeskraft dieser Verordnungen erlischt, wenn die Regierung unterlassen hat, dieselben dem nächsten nach deren Kundmachung zu tagenden Reichsrats, und zwar zunächst dem Haupte der Abgeordneten, binnen vier Wochen nach diesem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen, oder wenn dieselben die Genehmigung eines der beiden Häuser des Reichsrats nicht erhalten. Das Gesamtministerium ist dafür verantwortlich, daß solche Verordnungen, sobald sie als provisorische Gesetzeskraft verloren haben, sofort aus dem Wirksamkeit gesetzt werden.

Mit Hilfe dieses § 14, der noch je nach der Meinung des jeweiligen Ministerpräsidenten beliebig ausgelegt, gerecht und gedehnt werden kann, muß jetzt auch Graf Stürgkh versuchen, ein Verbot auszulassen, denn auf die Dauer läßt es sich auch in Österreich nicht mehr ganz oder halb absolut regieren ohne Mitwirkung der Volksvertretung, namentlich nicht seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die an diese große Reformat gestüpften Erwartungen, daß fortan die Stimme des Nationalitätenkrieges schweigen würden, haben sich leider nur unvollkommen erfüllt. Es heißt, daß die Regierung diesmal eine längere Vertagung bis zum Herbst plant, damit die nationalen Kampfbahnen gründlich fest haben, fern von Wien darüber nachzudenken, ob es nicht doch besser wäre, die Streitart zu begraben und dem Parlament zu seinem Recht und Ansehen wieder zu verhelfen, das der Volksvertretung als dem Vort der Gesamtinteressen Österreichs gilt.

Frankreich. Für bevorstehende Monarchenbesuche hat die Regierung der französischen Republik in der Kammer einen Kredit in Höhe von 421 000 Fr. zur Deckung der Kosten nachgeschickt. Es werden die Besuche des Königs von England und des Königs von Dänemark erwartet.

Rußland. Zum Chef des russischen Generalstabes ist Generalmajor Samoiloff ernannt worden. — Die Duma hat mit 136 Stimmen der Liberalen, Nationalisten und der rechtsstehenden Parteien gegen 90 Stimmen der Opposition die Interpellation über das Verbot der Schweinefleischsteuer abgelehnt.

England. In einem energischen Schritt gegen die englische Regierung, entschlossen zu haben. Die Zeitung „Globe“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß das Verbot gegen Sir Edward Carson und die anderen Führer der Arbeiterbewegung erlassen worden sind. — Am Unterhaus fragte am Dienstag Herbert Roberts, ob die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs Crewe auf die Anwesenheit des Sozialhandels in Indien

gelenkt sei, ob nicht beträchtliche Mengen Kokain aus Deutschland eingeführt würden, und ob mit der deutschen Regierung Verhandlungen eröffnet werden würden mit dem Zweck, den gegenwärtigen unerlaubten Handel zu verbinden. Der Unterstaatssekretär für Indien Koberitz erwiderte, Staatssekretär Erwig sei von den hier vorgedachten Umständen unrichtigt. Die britische Regierung tue alles, was sie könne, um die allgemeine schädliche Annahme der Haager Opiumkonvention zu erwirken. Premierminister Asquith ist am Donnerstag im Buckingham-Palast vom Könige empfangen worden; man glaubt, daß dies mit der Debatte über Somerley im Unterhause zusammenhängt, die am Donnerstagabend stattfinden wird.

**China.** Der chinesische Minister des Äußeren Sun-pao-chi eröffnete am Mittwoch die Versammlung, welche zu einer Veränderung der provisorischen Verfassung gebildet worden ist. Von den 60 gewählten Mitgliedern waren 44 anwesend. Sun-pao-chi verlas eine Eröffnungsbotschaft des Präsidenten Yuan sich-fai, welche einen Überblick über die Geschichte der provisorischen Verfassung gibt und über die unangenehmen Folgen der Verhältnisse auf die inneren Verhältnisse Chinas und seine auswärtigen Beziehungen.

**Nordamerika.** In den Wirren in Mexiko wird aus Washington gemeldet: Großbritannien wird gemäß Vereinbarungen zwischen Staatssekretär Bryan und dem britischen Gesandten, erforderlichenfalls bei den Führern der Aufständischen in Chihuahua durch den dortigen britischen Konsul Kapitän Sobell Vorstellungen erheben oder, wenn sich in Ciudad Juarez ein Zwischenfall ereignen sollte, durch den britischen Konsul in El Paso. Dort, wo Großbritannien nicht vertreten ist, sind die amerikanischen Konsule angewiesen worden, zu intervenieren.

**Südamerika.** Der argentinische Finanzminister hat mit einem englischen Hause einen Vertrag über eine Anleihe von zehn Millionen Pfund, unterzeichnet. Fünf Millionen werden der argentinischen Regierung am 6. April ausgeschrieben werden. Den Rest wird sie im August und September erhalten.

### Zur Geburt des Thronerben in Braunschweig

wird aus Braunschweig gemeldet: Die Kaiserin ist am Donnerstagmorgen nach Berlin gefahren und am Abend wieder nach Braunschweig zurückgekehrt. Der Kaiser hat seinen Besuch in Braunschweig aufgegeben. Nach dem neuesten Bericht ist das Befinden von Mutter und Kind durchaus befriedigend. Die Kaiserin und das Herzogpaar haben dem Landtage Dankesgramme gesandt. Genuß sind vom Kaiser und dem Herzog von Cumberland beim Staatsministerium Danktelegramme eingegangen. Am Donnerstagmittag freuten sich über dem Schlosse sieben Klänge mit zehn Tönen, die dem Jubiläumsschloß gekommen waren und am Abend wieder nach Berlin zurückkehrten. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die Kaiserin am Donnerstag den Braunschweigischen Staatsministerin anlässlich der Geburt des Erbprinzen die herzlichsten Glückwünsche telegraphisch übersandt. Die Kaiserin ist am Donnerstag um 2 1/2 Uhr in Berlin von Braunschweig aus wieder eingetroffen. Der Kaiser empfing die Kaiserin auf dem Bahnhof und geleitete sie nach dem Schlosse. Hier nahm die Kaiserin die Glückwünsche der Umgebungen und Gefolge entgegen. Die Kaiserin hat Braunschweig am Donnerstagabend um 6 1/2 Uhr erfolgt.

Der Herzog von Cumberland an die hannoverschen Wesselführer.  
Hannover, 19. März. In der „Deutschen Volkszeitung“ bringt der Wesselführer Freiherr v. Schelle folgendes Telegramm des Herzogs von Cumberland zur öffentlichen Kenntnis:

Wien, 18. März. Wie stets bei allen bedeutungsvollen Ereignissen unseres Hauses ist es mir ein Schmerzbedürfnis, Ihnen und allen Getreuen in Braunschweig mitzuteilen, Ihnen und allen Getreuen in Braunschweig mitzutheilen, Ihre Freude und mit innigstem Danke gegen Gott sich, ein Ich von der herzlichsten Anteilnahme an diesem frohen Ereignis bei Ihnen allen überzeugt.  
Crist August.  
Das Telegramm beweißt, daß der Herzog von Cumberland auch jetzt noch nicht die innigen Beziehungen, die ihn mit der hannoverschen Wesselführer verbinden, gelöst hat. Die hannoverschen Wesselführer haben im vorigen das frohe Ereignis gebührend gefeiert. Einer der hannoverschen Wesselführer brachte am Mittwochabend in einem Café ein Hoch auf den neugeborenen Prinzen und das Elternpaar aus, nachdem er vorher eine willkommene Rede gehalten hatte. Morgen beabsichtigen die hiesigen Wesselführer die Geburt des braunschweigischen Erbprinzen mit einem Festkonzert feierlich zu begreifen.

### Deutschland.

Berlin, 20. März. Der Kaiser besuchte Donnerstagmorgen den Staatssekretär v. Tirpitz, der seinen Geburtstag feierte. Am Laufe des Besuchs nahm er die Vorträge des Kriegsministers v. Falkenhayn, des Chefs des Generalstabes der Armee v. Moltke und des Chefs des Militärkabinetts Erbpr. v. Lynder entgegen. Kaiser Wilhelm wird einem Wiener Telegramm zufolge, bei seiner Ankunft in Wien am 23. d. M. um 11 Uhr vormittags am kaiserlichen Bahnhof von Kaiser Franz Joseph oder einem Erbprinzen als dem Vertreter des Kaisers begrüßt werden. Am Bahnhof werden die Erzherzöge und die Spigen der Befehrer erscheinen. Im Schönbrunner Schloß werden die Erbprinzessinnen den

Deutschen Kaiser begrüßen. Um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags wird im Schloß ein Dejeuner dinatoire stattfinden, an das sich ein Cercle anschließt. Um 5 Uhr 40 Minuten nachmittags erfolgt die Weiterreise des Deutschen Kaisers vom Hohenortener Bahnhof.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurden den zuständigen Ausschüssen überwiegen der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großhessingindustrie, die Vorlage betr. Nachträge zu den Musterungen der Krantkassen und die Entwürfe zu den Gesetzen betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1914. Dem Reichstag angenommenen Entwurf eines Volkshofgesetzes wurde genehmigt. Zur Annahme gelangten die Vorlagen betr. Änderungen der Grundzüge über die Regelung von Stellen mit Militärangestellten, der internationale Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See, die Vorlage betr. ein Abkommen mit Frankreich über den Verkehr mit Branntwein über die deutsch-französische Grenze, die Vorlage betr. Gehörlosmachung für die einführenden Vorkredittreibe, der Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Pisselfluß, sowie der dritte Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913.

— Weisung im Kommando des III. bayerischen Armeekorps. Das Kriegsministerialblatt in München veröffentlicht die Genehmigung des Weisungsbefehls des Kommandierenden Generals des Armeekorps, Erbpr. v. Horn, unter Verleihung des Großkreuzes des Militärverdienstordens und die Ernennung des Generals von Giebel, Kommandeur der 2. Division, zum Kommandierenden General des 3. Armeekorps unter Beförderung zum Generalleutnant.

Schwegler, Herr Dr. Heugener aus Leipzig hat in einer Verlesung des Deutschkonservativen Wahlvereins zu Hannover in der Diskussion auch über das preussische Wahlrecht gesprochen. Die Freimüthigen schimpfen auf dieses Wahlrecht. Aber sie hüthen sich, so führte er aus, in den Kommunen, wo sie die Mehrheit besitzen, das Wahlrecht zu ändern. Hierzu bemerkt das hannoversche Wahlrecht, daß man nicht eine solche Verwunderung darüber aussprechen, daß ein hoher Regierungsbeamter mit solchen Behauptungen in Wählerversammlungen auftritt. Der Regierungspräsident würde jenseitigen Stöberverwaltung nicht schlecht auf die Finger klopfen, wenn sie das formale Wahlrecht nach ihrem Gutdünken ändern wollte. Hierzu ist in Preußen nur der Landtag befugt, und wer hat die politische Macht in unserem Abgeordnetenhause? Die Herren Konservativen! Also bitte!

— Die Erklärung des bethischen Zentrumsgewählten Dünker zur Zollfrage war, wie sich im weiteren Verlauf der Verhandlung in der zweiten Kammer erwies, nicht etwa nur von reinem persönlichen Standpunkt aus abgegeben. Man sieht aus der driten Frage aus Dünker: Der Volksparteier Dünker sprach eine Rede aus über die Anzeigen des Herrn Dünker gegen jede Erhöhung oder Erweiterung von Zehenschmittellen und für den Abzug der Zehenschmittellen. Dünker erklärte der Zentrumsgewählten Dünker ausdrücklich, daß die Verhandlung nach Beilegung der Zehenschmittellen die Aufstellung des neuen Zentrums wiederbiete. Dadurch werden die Anzeigenerklärungen in der zweiten bethischen Kammer noch erheblich interessanter. Man braucht natürlich noch keine weitgehenden Schlüsse zu ziehen. Aber das darf man heute schon als möglich feststellen: für den Fall, daß es zu einer allgemeinen parlamentarischen Auseinandersetzung über den Zolltarif im ganzen kommt, ist eine Abwehrmacht gegen das Reichthalen an den Zehenschmittellen, bestehend aus Volkspartei, Sozialdemokratie und einem mehr oder minder großen Teil des Zentrums, in den Bereich derjenigen Möglichkeiten gerückt, mit denen die politische Welt zu rechnen hat.

Für die Stichwahl in Worms-Begau soll bereits der 26. März als Termin in Aussicht genommen sein. Wie sehr die Wähler und die Konservativen auf die Hilfe der Nationalliberalen angewiesen sind, die sie so oft verhöhnt und beschimpft haben, zeigt eine Notiz der „Deutschen Tageszeitung“, in der es heißt: „Eine offizielle Stichwahlparole der nationalliberalen Partei liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Es ist vielleicht nicht überflüssig, daran hinzuweisen, daß der reichstretende Kandidat General v. Heber in allen Wahlversammlungen erklärt hat, daß er, falls der Nationalliberalen in die Stichwahl kommen sollte, selbstverständlich die Parole für den Nationalliberalen ausgeben werde.“ Wenn dies selbstverständlich ist, so dürfte sich eigentlich die Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“, über die Konservativen haben ebenfalls vor Augen, daß ein Teil der Nationalliberalen ihnen die Gefolgschaft verweigern könnte, und so geben sie sich dazu her, in wenig würdevoller Form den Nationalliberalen die Parole ins Gedächtnis zu rufen, daß eine Hand die andere zu waschen habe. Man sieht, daß die Konservativen, wenn sie in der Art sind, recht klein werden und sich vor dem Nationalliberalen verneigen. Es ist wenigstens gut, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bei der Empfehlung der Do ut des-Politik die fortschrittliche Volkspartei nicht erwähnt hat!

### Vermischtes.

\* Hier Wachen als Delektur in der Kaiserin gelebt hat der Dragoner Bernien in Gneisen. Er war am 14. Februar plötzlich verschwunden und nach sieben Tagen als fahnenflüchtig erklärt worden. Gleich nach dem Verschwinden wurden bei dem Kammerherrn Wobbe verschiedene Briefe in die Hand, namentlich wurden Gewaren gefunden. Als man im nächsten Frühling nach dem Keller ging, fand sie dort eine aufgedrochene

Blüche Drahteringe und ein angedichtetes Ahtel eines Rindens. Als der Dieb, der unter einem Ferkel lag, griff die Flucht. Nach langem Suchen wurde dann der Dieb, der sich als der befeuerte Bernien entpuppte, in einem Schlafpöckel des Kasernegebäudes erndet und gefangenommen. Nach den in dem Räume vorhandenen Spuren nach den Wänden zu schließen, hat der Delektur die Domäne in Dresden innerhalb der Kaserne gemauert gelebt.

\* Die schwarzen Heden sind auf der Domäne Sieder bei Blomberg unter den polnischen Arbeitern ausgebrochen. Ein Arbeiter ist Mittwoch früh gefangen und sofort bestraft worden. Ein anderer Erntearbeiter, der pöckelverdrängt ist, hat im Krantenhaus in Detmold Aufnahme gefunden. Die Domäne ist vollständig gesperrt worden.

\* Hierlet Neues von der evangelischen Bewegung in Desterreich, 1913 traten in Estermarkt 46 Personen zum Protestantismus über. Seit 1898 sind im gesamten 8751; die höchste Uebertrittsziffer hat Graz mit 8711; es folgen Marburg 1661, Leoben 864, Brud 380, Galt 278 usw. In Döbmen traten 1286 (1912: 1127) über. Die evangelischen Gemeinden bin und her, die durch die nachende Austrittsbewegung immer wieder durch die nachende Bekehrten sich fast überall in ungesekener Weise am kirchlichen Leben und seinen nützlichen Ausstrahlungen. So hatte die evangelische Gemeinde in Leoben (Herzogen-Schleien) 1913 bei 17614 Seelen 20677 Abendmahlstä. Diese hohe Ziffer dürfte wohl nur vor nun, wenn evangelischen Gemeinden Deutschlands erreicht werden. Ebenso lassen die dortigen Protestanten auch auf dem Gebiete der christlichen Bistätigkeit Fortschritte und überlegen die bühnliche Auffassung, als ob sie selbst zum Auf- und Ausbau des kirchlichen Gemeindelebens wenig oder nichts täten. So vermahte jüngst die Fabrikantenvereine Dek in Wladar der evangelischen Gemeinde daselbst 2000 Kronen, das evangelische Ballenbanke daselbst 11000 und dem Bistätigen Bismarckbau daselbst 1000 Kronen.

\* Ein Schlußausgebeant. In Bernau, dem Geburtsort Hans Thomas, ist das amtschliche Schlußausgebeant abgeant. Bei dem Verande wurde die Vereinsfabne des Gefangenenvereins „Biederkeit“, ein wertvolles Kunstwerk und eine Stütze Hans Thomas, ein Naab der Stämmen. Der Schaden an dem Gebäude beträgt etwa 6000 Mark. Der Vorstand, dem der Gefangenenvereinerleidet, ist ziemlich betrübt.

\* Schwere Sturz des Direktors der Militär-Eisenbahnen. Am Donnerstag vormittag stürzte Oberstleutnant A. Berti, der Direktor der Militär-Eisenbahnen, infolge Schwen des Pferdes, an der Kolonnenbrücke in Berlin mit dem Pferde. Er mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, da er eine Gehirnhämorrhagie davongetragen hatte. Sein Zustand ist ernst.

\* Zu dem Schiffsunfall in der Nordsee. Zur Kollision des deutschen Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“ mit einem Schoner wird noch mitgeteilt: Der Dampfer sollte vor, daß sich die Besatzung des angekommenen Schoners nicht mehr an Bord befand. Nachdem der Schoner gefunden war, fehrte der Kaiser Wilhelm der Große an die Unfallstelle zurück. Mit der größten Wahrscheinlichkeit dürfte die Besatzung des Schoners, da rubige See war, von in der Nähe befindlichen Dampfern aufgenommen worden sein.

\* Ein Zerbrochen mit einem Passagierdampfer zusammenstoßen. Das italienische Kreuzerboot „S. T. 66 T.“ stieß nach einer Kollision mit dem Passagierdampfer zusammen. Nur wenige Personen konnten gerettet werden. Am 60 Personen ertranken, darunter der russische Wikonul Wertenki. Die 3 Uhr abends kamen sechs Leichen geborgen werden. Eine räthselhafte Chemie. In Bologna bei Trent an der italienischen Grenze ist eine vorwiegend Epidemie ausgebrochen, die die von ihr Befallenen in wenigen Stunden dahinnrafft. Die Kranken haben sehr hohes Fieber und schwarze Flecken. Bis Montag starben 10, bis Mittwoch mehrere drei. Das Dorfchen wurde in der nächsten schon seit längerer Zeit in Dorschleichen anarchoitische Propaganda getrieben. Städtische der Galziner wurden nach Deutzen in das Gefängnis abgeführt.

\* Das Fehlen der roten. Giegang verpörrten die „Auffigen Blätter“ aus Anlaß des Berliner Vortrages eines Pariser Modechens u. a. durch folgende überaus krasse: Der gutaussehene Herr in der Kasse ist ein Spielbühnenbesitzer, er haben die Unterhaltung ergab, haben die Verhafteten schon seit längerer Zeit in Dorschleichen anarchoitische Propaganda getrieben. Städtische der Galziner wurden nach Deutzen in das Gefängnis abgeführt.

\* Das Fehlen der roten. Giegang verpörrten die „Auffigen Blätter“ aus Anlaß des Berliner Vortrages eines Pariser Modechens u. a. durch folgende überaus krasse: Der gutaussehene Herr in der Kasse ist ein Spielbühnenbesitzer, er haben die Unterhaltung ergab, haben die Verhafteten schon seit längerer Zeit in Dorschleichen anarchoitische Propaganda getrieben. Städtische der Galziner wurden nach Deutzen in das Gefängnis abgeführt.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Dersburg.

Wurst	1/2 Pf. 68	1/2 Pf. 71
im Jungenswurst	1/4 Pf. 75	1/4 Pf. 78
Kindwurst	1/2 Pf. 110	1/2 Pf. 113
Schinkenwurst	1/2 Pf. 125	1/2 Pf. 128
Salamiwurst	1/2 Pf. 160	1/2 Pf. 163
Gebelwurst	1/2 Pf. 180	1/2 Pf. 183
Bestk. Schinkenwurst	1/2 Pf. 180	1/2 Pf. 183
Getter Sued	1/2 Pf. 82 u. 85	1/2 Pf. 85
Rippensued	1/2 Pf. 104	1/2 Pf. 107
Schinkenried	1/2 Pf. 138	1/2 Pf. 141

Otto Aderhold.

Empfehle:  
prima Mastrindfleisch,  
Rothfleisch, 80 Hg.,  
ff. Schweinefleisch,  
frische Wurst.  
Gebe ausgeschlachte  
Landschweine zu billigen  
Preisen ab.  
Robert Sternberg,  
Lemaar Str. 80. i. Teleph. 222.

Beste prima  
**Blumenkohl!**  
bitte auf dem Hofmarkt

Wärmel!  
das viel gelobtere Warmmittel,  
schmeckt fein! Wirkt aus-  
g-z-lehner! i. Beutel 30 Pf.  
Bol. Reinhold Rietze, Kaiser-Druggie

Prof. Zanders  
5h Privatkabenseule, \*ale a. S., Friedrichstr. 24,  
Vorschule, Untersekunda, Einjährig-Vorbereitung.  
Prospekt  
Telephon 2656.

Matulatur  
jät stets vorrätig u. emp. billigh  
Buchdruckerei Th. Köhner,  
Dersburg, Delarube 9.

# Leichtes Waschen durch Persil das selbstfärgige Waschmittel

Ohne Reiben und Bürsten, nach einmaligem  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  stündigen Kochen und sorgfältigem Ausspülen ist die Wäsche fertig. Erforderlich sind keine Zusätze an Seife, Seifenpulver etc., da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern. Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Cie., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

## Mit 5 Proz. Rabatt

offeriere:

ff. Tafel-Reis	20
ff. Graupen	20
ff. Gries, hart	25
ff. gesch. Erbsen	27
ff. Linsen, mittel	20
ff. Linsen, große	24 22
ff. weiße Bohnen	20
ff. grüne Erbsen	18
ff. Pflaumen	40 35
ff. Mischobst	45
ff. getrockn. Kirschen	40
ff. Ringäpfel, neue	70
la. Hausm.-Nudeln	35
la. Fadennudeln	35
la. gebr. Gerste	18
Reiner Matzkafe	25
Kakao, gar. rein	90
Kartoffelmehl	18
ff. gem. Marmelade	30
ff. Marmelade mit Himbeer	40
ff. Zuckerhonig	28
ff. Rübensaft	16
ff. Kaisersaft, hell	20

## Unerfälschte Tafel-Pflanzenbutter-Margarine

wie frische Butter im Geschmack  
Pfund nur **80** Pfennig.  
Immer frisch eintreffend!

## Otto Dorn

Markt 7. Tel 414.

## Südhern-Teerichwefel-Seife

älteste allein echte Marke von Bergmann & Co., Berlin.  
Seifetigt abfol. alle Saunereinigt. und Ausschläge, wie Pledten, Säunen, Blüthen, Hautjucken etc. Zahllose Anerkennungen. Preis Stück 50 Pf. in der Dom-Apothete und Stadt-Apothete.

# Richard Wagners Werke frei!

Wertvolles Konfirmations-Geschenk.

Tausende haben diesen Zeitpunkt sehnlichst erwartet, denn nun wird es Jedem ermöglicht, die Werke des grössten Meisters, die bisher nur für schweres Geld zu haben waren, zu erwerben. Wir bieten unseren Lesern

## Richard Wagners sämtliche Opern und Musik-Dramen

zu unserem billigen Prämienpreis

pro Sammlung an, enthaltend die sämtlichen Werke: Rienzi — Fliegender Holländer — Tannhäuser — Lohengrin — Tristan und Isolde — Meistersinger — Rheingold — Walküre — Siegfried — Götterdämmerung — Parsival in gekürztem, leicht gefasstem Klavierauszug mit unterstem Text nebst Angabe der Motive und Inhaltsangabe, deren jede auch einzeln käuflich ist.

Verlag des Merseburger Correspondenten.

Versand nach anwärts gegen Vorauszahlung des Betrages, zuzüglich 60 Pf. Porto für 2 Bücher. (Nachnahme 35 Pf. extra.)

Zur Konfirmation empfehle alle Sorten **Schuhwaren** an billigsten Preisen. **Otto Riedel, Burgstr. 11.** Reparaturen finden schnelle Erledigung.

Zur Konfirmation empfehle mein großes Lager in: **Schmuckwaren Ledertwaren Schirmen u. Stöden : Schmuck- und : Handschuhstoffen Konfirmations-Karten** in reichster Auswahl.

**A. Hammer** Markt 11 — Markt 11

**Ratten! Mäuse!** Stet unheilbar „Ackerlon“ Paste à 60 u 100 Pf. Bei Reinhold Rietze, Kaiser-Drogerie



**Corbin** schützt das Saatgut gegen Krähen, Fasanen, Mäuse und andere Tiere. Niederlage nur bei **Eduard Klauß** Fernsprecher 27.

## Hallescher Bankverein

von **Kullsch, Kaempff & Co.** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien **Halle a. S., Weissenfels a. S. Gera.** Kommandite Naumburg a. S.

Aktienkapital M 18 000 000.— Reserven M. 4 750 000.—  
Erfüllung von laufenden Rechnungen.  
Annahme von Geldern gegen gute Verzinsung  
**Scheckverkehr** Kreditbriefe auf ausländische Plätze. An- und Verkauf von Effekten. Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Hypotheken-Vermittlung.  
**Stahlkammern.** Zahlstelle des K. K. Postsparkassenamts Wien.  
**Hallescher Bankverein von Kullsch, Kaempff & Co.** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.

Von Freitag d. 20. d. M. steht ein frischer Transporthäuser und leichter

russischer und ostpreussischer **Pferde** Speisewert bei mir zum Verkauf.



**Ernst Jauck, Merseburg.** Gasthof drei Schwäne. : Teleph. 286.

## Panther-Räder

Express, Mars und Möve, sowie Ersatz- und Zubehörsätze in denkbar grösster Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen. **Leistungsfähige Werkstatt.**

**Max Schneider, Mechanikermstr.** Schmale Strasse 10.

**Schallplatten.** Doppelfetta, neueste Aufnahmen von 1.25 M. an bei **Alfred Becher, Musikinstrum.-Gls., An der Giesel, Ecke Schmale Str.** Sämtliche Musikinstrumente, Saiten und Bekandteile sowie Musikalien in großer Auswahl. **D. D.** Reparaturen prompt u. fachgemäß.

**Schulturnister Tafeln : : Federkasten : : Brotdosen Ostertüten** äußerst billig. **Hans Käther** Markt 20 : Markt 20

## Ein Posten dekoriertes Emaille-Bechir

als: **Eimer, Milchbüchsen, Zwiebel, Bechir, Schüssel, Teller, Geschüßter, Schüssel, Teller, m. Kommode usw. usw.** verkaufte äußerst billig. Alle anderen Artikel in prima feuerfester Emaille reichhaltig am Lager. **Alfred Becher, Schmale Str. 2.** Spezialgeschäft in Emaille und Wirtschafts-Artikeln. Mitglied des Rabatthorvereins.

**Lederhandlung Max Plaut** Kl. Ritterstr. 12. **Schleider- und Oberleder-Ausschnitt, Schuhmacher Bedarfs-Artikel** Schätze am Lager und nach Mass.

## Reiseförbe

Große Auswahl : Billigste Preise **H. R. Rath, Nordmacherer, Götthardtstr. 30.**

## Haarschmud

Reis Neuheiten. **Kamm- und Bürstenwaren** finden Sie in reichster Auswahl zu billigen Preisen in **Spiegelwarenhaus Wilhelm Köhler, Götthardtstr. 5.**

## Mietsverträge

stet stets vorrätig **Bauhandwerk Th. Rössner, Merseburg, Delgrube 9.** Hierzu zwei Beilagen.

Erste Beilage.

Abonnements-Einladung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere geehrten Leser, das Abonnement auf den

„Merseburger Correspondent“

bei den Postanstalten, den Briefträgern oder den Ausrättern baldigst erneuern zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes vom 1. April 1914 ab keine Unterbrechung eintritt.

Der vierteljährliche

Abonnementspreis

bleibt unverändert.

Inserate

finden bei der ständig wachsenden Auflage unseres Blattes wirkungsvollste und beste Verbreitung in Stadt und Kreis Merseburg. Der „Merseburger Correspondent“ ist nachweisbar die umfangreichste und verbreitetste Tageszeitung im Kreise Merseburg. Probenummern stehen auf Wunsch mehrere Tage hintereinander zu Diensten.

Hochachtungsvoll

Der Verlag

des Merseburger Correspondenten.

Deutschland.

Die Erste reichsländische Kammer trat am Mittwoch in die Beratung des Etats ein, der mit rund 81 1/2 Millionen balanziert. In der Debatte verwies Abg. Dr. Hoesfel auf die in der Bewegung, die in den letzten Monaten durch das Land gegangen sei, hervorgerufen durch eine schon längst bestehende Misztimmung. Er sollte der früheren Regierung Anerkennung, mahnte zur Mäßigung und professioneller Arbeit im weiteren Hinblick auf die deutsche Kultur. Abg. B. von Müntzthal führte aus: In einem Maße der früheren Regierung, die Anstahmsgelegenheit beantragt habe, keine sein Auftrag von der Staatlichkeit, bei der es sich jetzt um ein Interregnum handle, sei eigentlich überflüssig. Abg. Kulaud: Man dürfe keineswegs die sehr schwierige Lage verkennen, in der sich die elsass-lothringische Regierung befindet. Die Nationalisten, eine kleine, aber einflussreiche Partei, solle man ignorieren. Die Liga zur Verteidigung Elsass-Lothringens könne ihr Ziel nur dann erreichen, wenn sie die Wurzel des Übels im eigenen

Lande suche und beseitige. Er forderte zum Schluss einen völligen Stillstand der Regierung.

Die Zweite reichsländische Kammer will sich nach dem in Übereinstimmung mit den Wünschen der Regierung gefassten Beschluß des Seniorenfonds am Freitag den 3. April vertragen. Im Mai und Juni sollen dann Kommissionsitzungen stattfinden, in denen die Steuerreform zur Beratung steht. Im November wird die Zweite Kammer wieder zusammentreten, um dann bis Ende des Jahres die Verhandlungen über die Steuerreform durchzuführen. Die Vorlage wird alsdann während der Etatsberatungen für 1915 beraten werden. Die nächste Tagung des elsässischen Parlaments wird voraussichtlich sechs bis sieben Monate weilen, um die wegen des frühen Schlußes dieser Session nicht erledigten Arbeiten nachholen zu können.

Keine jährliche Einberufung des sächsischen Landtags. Die nationalliberal-konservative Mehrheit der sächsischen Kammer hat die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge auf alljährliche Einberufung des Landtages abgelehnt. Auch die Regierung erklärte die Anträge für unannehmbar.

Die Gefährdung der Jugend. Gegen den Gesetzentwurf „wegen der Gefährdung der Jugend durch Aufzählung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen“ erklärt der Reichstag die Parteien in Verbindung mit den anderen deutschen Goethe-Bünden eine Erklärung, in der es heißt: Der Goethebund erblickt in diesem Gesetzentwurf eine Erneuerung der immer wiederholten behauerlichen Verurteilung der Staatsgewalt zur entscheidenden Instanz in Fragen der Kunst und künstlerischen Sittlichkeit zu machen. Der Entwurf findet das entscheidende Merkmal für die Verstoßtheit des Jurisdiktionsbildes der Darstellungen nicht in dem tatsächlich „gefährlichen“ Charakter, sondern in dem Umstande, daß die Möglichkeit einer Gefährdung der Jugend das „Argernis“ eines beliebigen Erwachsenen zu erzeugen geeignet ist. Damit ist für willkürliches Eingreifen in die künstlerische Freiheit der Persönlichkeit, vor allem inbaldernern Drama des künstlerischen Sicherheitsdienstes, freierer Spielraum gegeben. Dieser Entwurf schließt das unbegrenzte künstlerische Schaffen, insbesondere das höhere Mittel geistliche Schaffen, gemindert ab und ist demnach einseitig und nicht im Einklang mit der Natur und ihrer systematischen Entwicklung mit geistlicher Richtung. Der Goethe-Bund fordert alle Kräfte der freien Geistesbildung, die Kunst zum Protest gegen die geplante „Kleinere der Heiligung und zur positiven Mitarbeit an der Gesundung unserer Jugendbildung auf.“

Aber Imparität bei den christlichen Gewerkschaften hat nicht eine „Zurück auf die Kreuzzeit“ Verhinderung geführt. Das Verbot der christlichen Gewerkschaften wartet darauf in der „Schleifung des Gesetzes“. Es enthält den Beschwerdeeffizier in der Person des konservativen

ParteiSekretärs Raumann und erklärt, daß man ablehnen müsse, ihn zu den gewerkschaftlichen Sitzungen zuzuziehen, weil er zum Arbeitswilligen sich eine Stellung eingenommen habe, die nicht die eines auf dem Boden einer Gewerkschaftsbewegung lebenden Mannes sein kann. — Danach scheint allerdings, so schreibt die „Kreuzzeit“, für die „Kreuzzeit“ in den „Kreuzzeit“ die funktionelle Imparität anlangt, so gibt das Bureau zu, daß in Schleien nur katholische Beamte angestellt seien; jedoch habe sich bei der in Frage kommende Verband jüngst bei der Neuabteilung einer Stelle dergehalte Mühe gegeben, einen evangelischen Beamten anzustellen. In Sachen wiederum seien mit Ausnahme von zwei alle Beamten evangelisch.

Das Fideikommiss und das Rittergut sind die schlimmsten Gegner jeder geordneten Bevölkerungsentwicklung — das geht aus Piffen hervor, die das statistische Landesamt über Schleien veröffentlicht. In den 20 schleischen Kreisen, in denen durch Fideikommiss mehr als 20 Proz. der Fläche bebaut sind, hat sich die Zahl der in den Fideikommissen lebenden Ausländer in 20 Jahren von 6399 auf 23.330 Köpfe vermehrt, während als 15.000 Einheimische sind von der heimatischen Stelle dieser Fideikommiss- und Rittergüter durch das ausländische Element verdrängt worden. Im Kreise Waldenburg betrug die Zunahme der Ausländer 282 Proz., im Kreise Habelschwerdt 105 Proz., im Kreise Hirschberg 96 Proz. Das Fideikommiss hat die Tenenz, den eingeborenen Bauern von seiner Scholle zu verjagen, und dafür Russen, Galizier und Araber ins Land zu ziehen — auch ein Erfolg der „nationalen Wirtschaftspolitik“.

Der soziale Sinn der „Genossen“. Im „Tag“ schildert ein jeder folgenden Vorgang, der für den sozialen Sinn der „Genossen“ recht bezeichnend ist: „Reinlich ist ein angesehenlich vierstelliger Mann, der zugleich Mitglied eines Arbeitervereins und Mitglied eines Arbeiterverbandes war. Dem Arbeiterverein war er den Beitrag von 50 Pfennig seit vier Monaten schuldig geblieben. Dem roten Verband hatte er bis an sein Ende 80 Pfennig bezahlt. Einem vom Gericht anerkannten Rechtsanwältin kam es darauf an, von beiden Vereinen das Biergeld einzuziehen, damit das rote Biergeld auch und nicht die Schuld an den Arbeiterverein, Richter oder Grüntrambenutzer bezahlt werden könne. Er ging zunächst zum Arbeiterverein. Der Vorsitzende traste sich hinter dem Ohr: „Der Verstorbenen hat seit vier Monaten seinen Beitrag entrichtet und ist daher automatisch aus dem Verein gelassen und seiner Ansprüche verlustig gegangen, aber — na — wir wollen sie auch Biergeld und gute Kameraden handeln. Hier ist das Biergeld.“ Der Rechtsanwältin ging zum roten Verband und wurde mit der öffentlichen Aufsicht, den ein Geld für einen Mann, der sich nicht mehr verdient, los zuwerden, von Rottius zu Rottius und endlich zu einem Sozialdemokraten, der sich als einflussreicher Mann stellte, über, der auch Erlaubnis und Biergeld sein soll. Fragen. Über seine Miene lächelte sich zu einem Schmunzeln auf, als er hörte, daß der Verstorbenen seine erkrankten Erben habe. „Wenn niemand von der Familie kommt, brauchen wir nichts zu bezahlen, denn das Gericht geht uns nichts an.“ — Das zeigt den Arbeiter, was die Führer der Sozialdemokratie von ihm halten. Solange er lebt, ist er gut genug, für sie zu stimmen und für sie zu betenden. Ist er aber tot, dann kann er weder wählen noch sich beschweren. Also mögen andere für die Reiche sorgen. Das ist die Wirklichkeit, der Richter und Grüntrambenutzer mögen sich um ihr Geld an den Teufel wenden!“

Ausgestoßen.

Roman von Jost Freiherrn von Steinach.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) „Ist es denn wahr?“ jauchte Waldau und wirbelte mit dem Maler in den Armen umher, der ihn verzweifelt aus seinen Armen zu befreien suchte, dann aber hielt er mühsam inne und leuchtete. „Ach, Sie werden sich wohl irren, wie sollte je einen so alten Dachs wie mich lieben können! Ein junges, liebreizendes Mädchen, die bloß ihre Hand ausstrecken braucht —“ „Wenn Sie mit nicht glauben wollen, dann kann ich Ihnen nicht helfen; denn ich allerdings das beste, Sie verteilen und überlassen es einem anderen, Gescheiterten und Kühneren, Ihnen das edle Wild vor der Nase wegzuschlagen.“ „Sie haben recht, ich bin ein großer Fiel. Ich bleibe hier und werde von neuem versuchen, die Fassung zu erobern.“ „Die nur von den Eltern allein verteidigt wird,“ erregte Ranzenberg. „Sie sagen es, und ich glaube Ihnen! Und wenn Sie in irgend einer Weise meine Hilfe gebrauchen sollten, ich bin beständig der Ihre, und verfüge Sie in jedem Falle über mich!“ „Hinaus war er, und der Maler blühte ihm lächelnd nach. Gleich darauf klopfte es wieder, und auf dem Schritt trat Herr von Goswin über die Schwelle. Er sah ganz erregt aus und man sah es ihm an, daß ihm etwas sehr Unangenehmes passiert sein mußte. „Woher kommen Sie denn?“ fragte Otto verwundert, indem er ihm einen Stuhl anbot. „Ach, Otto,“ erwiderte Goswin, noch ganz außer Atem, „eine verfluchte Geschichte, sage ich Ihnen — woher ich komme? Na, raten Sie!“ „Woher soll ich das raten? Neben Sie lieber und spannen Sie mich nicht auf die Folter!“ „Ich komme eben von der Polizei. Ich habe heute morgen eine Vorladung erhalten; sie sahnen es sehr eilig zu haben.“ „Ja, aber weswegen, Goswin? Was haben Sie mit der Polizei zu tun? Wer sind Sie eines Raubmordes verdächtigt oder eines betrügerischen Bankrotts?“ „Ach Gott, und Sie spotten noch!“ jagte der Leutnant a. D. und wurde ganz ernst, „ich sage Ihnen, die Sache ist durchaus nicht zum Lachen, und auch Sie werden nicht verschont davon bleiben.“

Dem Maler wurde es doch ein wenig unbehaglich zu Mute. „Ist?“ fragte er verwundert. „Was habe ich denn mit Ihrer Angelegenheit zu schaffen!“ „Goswin blühte ihm einen Moment prüfend ins Gesicht, dann schüttelte er den Kopf und murmelte halb laut vor sich hin: „Unmöglich!“ Der Künstler wurde durch dieses seltsame Gebahren immer unruhiger. „Ja, zum Teufel, was haben Sie denn?“ rief er. „Sagen Sie mir doch endlich, um was es sich handelt!“ „Am das Testament handelt es sich, wenn Sie es wissen wollen!“ sagte er flüchtig heraus. „Das Testament Ihres verstorbenen Vaters ist abhandelt gekommen und nicht wieder zu finden — kurz, es ist gestohlen worden!“ „Was reden Sie da zusammen,“ fragte Ranzenberg auf und schüttelte ihn heftig am Arm, als wenn er träumte und er ihn aufwachen wollte, „das Testament meines Vaters? Es ist gerannt, gestohlen? Das Testament, das bestimmt war, mich zum Bettler zu machen? In dem ich enterbt und meines rechtmäßigen Eigentums verlustig gehen sollte? Haha, o wenn das wahr wäre! Dann brauchte ich mich nicht vor dem Gespenst einer sorgenvollen Zukunft zu fürchten, dann könnte ich sogar Melitta —“ er unterbrach sich und blickte seinen Blick auf den Alten, von einem plötzlichen, ungeheuerlichen Gedankengang erfüllt. „Sagen Sie, Goswin, hat man auf irgend jemand etwa Verdacht, daß er der Täter sein könnte?“ „Wieder blühte der Leutnant seinem Gegenüber scharf ins Auge, gleich als wollte er in seiner Seele lesen, und erwiderte: „Offen gelassen, ich kann Ihnen darüber nicht die geringste Auskunft erteilen, da ich selbst nichts weiß.“ „Wurde vor etwa einer Stunde auf der Polizei verhaftet, da man erfahren hatte, daß ich ein intimer Freund Ihres Vaters gewesen bin. Dort erfuhr ich zum erstenmal, was sich in der freierlichen Willa ereignet, ohne jedoch etwas von den Begleitumständen mitgeteilt zu bekommen. Ich wurde nur ausgefragt, ob Ihr Vater etwas von seinem Testament gekündigt habe, worauf ich natürlich der Wahrheit gemäß daselbe antworten mußte, was ich auch Ihnen bereits verraten habe, daß er die Absicht gehabt, Sie ganz zu enterben.“ „Ach, da bin ich wohl derjenige, der das meiste Interesse daran haben sollte, daß das Testament aus dem Wege geräumt würde!“ rief der Maler aus, indem er sich im Zimmer auf- und abwanderte. Goswins Augen folgten ihm auf seinem Wariße eine ganze Weile, dann sagte er langsam und gemessen: „Allerdings, Sie hatten das meiste Interesse daran, das ist wohl nicht zu leugnen.“

„Aber das ist ja Wahnsinn, der reine Wahnsinn,“ schrie Otto, vor dem Alten stehend bleibend. „Sie vermuten doch nicht gar, daß ich —“ „Und er schlug eine heftige Lache auf, indem er die Hände zusammenklappte. Der ehemalige Offizier stand auf und legte ihm die Hand auf die Schulter, wie um ihn zu beruhigen. „Sicherfalls machen Sie sich schon jetzt darauf gefaßt, verabschiedet zu werden,“ meinte er. „Ich persönlich bin ja froh, Sie zu sehen, daß es so gekommen ist, wenn ich auch die Schuld daran habe; denn ich wollte es mit Bestimmtheit, daß Ihr Vater in letzter gewohnter Weise seines Legats ausgelegt hätte, um mir meinen Lebensabend sorgloser zu gestalten. Aber um mich handelt es sich ja hier gar nicht, sondern um Sie. Und es war mein höchster Wunsch, daß Sie den Anteil an dem väterlichen Vermögen erhielten, der Ihnen von Rechtswegen zuzieht. Und der Blaise gönne ich ihm nun ganz und gar nicht, das können Sie mir glauben. Und wenn ich auch tausendmal gesehen hätte, daß der Baron das Testament noch am Abend vor seinem Tode in seinem Schreibtische hatte, wie ich es auch pflichtgemäß ausgelegt habe — weg ist es und bleibt es, und ich hoffe, daß Sie, mein junger Freund, den größten Nutzen davon ernten sollen.“ „Ich danke Ihnen, Goswin,“ erwiderte Ranzenberg und reichte ihm die Hand. „Und passen Sie auf: Wenn ich wirklich und wahrhaftig sollte in mein Erbe eingelegt werden — der alte Freund meines Vaters werde ich nicht vergessen.“ „Man konnte es dem Alten ansehen, wie angenehm ihm diese Botschaft war, obgleich er verneinte: „So war es natürlich nicht gemeint, Otto. Ich freue mich nur, daß Sie jetzt endlich auf Ihrem Recht bestehen werden, und das ist mir genug.“ „Es pochte, das alte Faktotum des Malers trat herein und gab seinem Herrn einen Brief, der soeben abgegeben worden war. Otto tat nur einen flüchtigen Blick auf die Adresse, und sagte halb laut, während ein leises Rot ihm über seine Stirn bräunelte: „Von Melitta!“ „Ach, Goswin! Stand auf, um zu gehen, dann will ich Sie lieber allein lassen, solche Briefe liest man am liebsten ohne Zeugen.“ „Ich halte Sie nicht,“ entgegnete der Hausherr lächelnd, „denn Sie haben in der Tat recht.“ Er begleitete ihn noch bis zur Türe, dann schloß er sie hastig und zog mit launig zu bezähmender Ungebild das Ruwert auseinander. (Fortsetzung folgt.)



## Provinz und Umgegend.

† Halle, 20. März. Wohlfahrtsausstellung. Am Dienstag 9 Uhr eröffnete Frau Dr. v. Drigalski in Gegenwart einer Anzahl von Vertretern der städtischen und der Schulbehörden, der Wohlfahrtsvereine usw. die Provinzial-jährliche Wanderausstellung für Volksgeundheit und Jugendpflege. (Aula der Handwerkerhalle, GutsMuths). Danach bot der Ausstellungsrat, Lehrer Lemme Nordhaus, eine eingehende Führung durch die Ausstellung und betonte dabei besonders die Gebiete, die von Krüppeln im Laufe dieser Tage in Vorträgen und Führungen behandelt werden. Artizide und andere Vorträge sind täglich für die Zeiten um 5 und 8½ Uhr in Aussicht genommen. Schon jetzt haben sich zur Übernahme von Vorträgen folgende Herren bereit erklärt: Sanitätsrat Dr. Schumacher, Dr. Sanitätsrat Dr. Roethe, Dr. Arndts, Dr. Schumann, Dr. Kober, Dr. Peter und Prof. Dr. von Drigalski. Behandelt werden Säuglingshygiene, Tuberkulose, Kachexie, Alkoholismus usw. Lehrer sprechen über Kino, Dürerbuch, Schundschriften, Schulhygiene. Die Schulen beenden nach vorheriger Anweisung die Ausstellung am besten von 10—12 Uhr. Fortbildungskursen von 4 Uhr ab. Die Ausstellung ist durch statisches Material aus Halle erweitert worden und wegen ihrer Reichhaltigkeit sehr zu empfehlen. Täglich ist sie bei freiem Eintritt geöffnet von 10—12 Uhr vormittags und von 4—10 Uhr nachmittags.

† Halle, 19. März. Der Bauausschuß genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Voranschlag für den Sparkassenbau, der auf 845 000 Mark festgelegt worden ist. Mit dem Bau wird voraussichtlich in einem 14 Tagen begonnen. Weiter wurden für den Bau eines Unterrichtshauses auf dem zu Spielmanns freigegebenen Teile der Besitzung 7500 Mark, für Beschaffung von Mobiliar für den Getraubenriedhof 27 900 Mark und für Neupflasterung der Merseburger Straße zwischen Königstraße und Thüringer Straße 177 350 Mark bewilligt. Die von der Stadtverwaltung beantragte Beschaffung der Handfeuerwaffen um 50 Prozent erst für das Jahr 1915 in Frage kommen. Wegen der Erhöhung hat eine starke Minderheit gestimmt und auch in der Bürgerkammer selbst besteht eine starke Stimmung gegen diese Steuer.

† Weitzenfels, 20. März. In anerkannter Weise hat unter der Verwaltung des Gartens in dieser Stadt ihr Augenmerk zugewandt. Sie hat vor kurzem an der Naumburger Straße ein großes Gelände angekauft und darauf 68 Familiengärten errichten lassen. Da die Nachfrage bei Vergabe dieser Gärten eine große war, hat die Stadt in verschiedenen Stadtteilen weitere Ländereien angekauft, um auch hier Familiengärten einzurichten.

† Naumburg, 20. März. Infolge des fortgeschrittenen Perimeterverkehrs wird das Hauptbahnhofsgebäude einem Umbau unterzogen werden. Durch einen Vorbau wird das jetzige Vestibül wesentlich vergrößert und als große Halle ausgebaut. Der Geschäftsbereich des hiesigen Oberlandesgerichts, März, Oberstaatsrat Hartmann, wird am 23. März sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiern.

† Naumburg, 20. März. Durch das Hochwasser der Saale und Unstrut sind hier weite Strecken der Niederungen seit Mittsommer unter Wasser gelegt. Der Bild in das Unstrut hinauf zeigt eine einzige große Wasserfläche, aus der nur höhere Stellen herausragen. Auch ein Teil des Saaltales auf der Unstrutniederung aufwärts gleicht einem großen See.

† Torgau, 20. März. Große Getreidediebstähle, die bisher unbemerkt mindestens drei Jahre lang in Dornitzsch begangen worden sind, sind jetzt an den Tag gekommen. Insgesamt sind dort dem Bauernbesitzer Dirr für 30 000 Mark Wert Getreide von Dornitzscher Gutwohnern gestohlen worden. Die Diebstähle sollen die Arbeiter Ernst Taggele und Franz Beder ausgeführt haben. Beder, der lange Jahre bei Dirr als Hirtsführer in Diensten gestanden hat, soll sich im Besitz eines Schlüssel zum Dornitzscher Getreidedeich befinden haben. Beide sind bereits verhaftet und dem Landgericht Torgau angeklagt worden. Der Landwirt Barth und dessen Sohn sowie der Maschinenführer Thomas, die sich der Bekehrer sollen schuldig gemacht haben, sind ebenfalls in das hiesige Gerichtsgangnis eingeleitet worden. Der Wirtschaftsgeschäft Kaufmann, der ebenfalls hiesiger zur Zeit gelebt wird, hat gestern nachher in dem Gerichtsgangnis in Dornitzsch eingeleitet worden, da der Tod durch Erhängen gestiftet und gefunden. Der Arbeiter Taggele hatte im Getreidedeich einen Pantoffel zurückgelassen, der zur Entdeckung der Diebstähle geführt haben soll.

† Liebenwerda, 20. März. In das Kolonialwarengeschäft von Max Born wurde nachts ein Einbruch verübt. Von der Diebstahl wurde hierbei 1300 Mark gestohlen.

† Jena, 20. März. Der Zustand, das allen Besuchern Jenas wohlbekannte Wahrzeichen auf dem Rücken des Hausberges, ist häufiger, darüber besteht kein Zweifel mehr. Nicht nur zeigt der alte Bergfried selbst bedenkliche Miße, sondern auch der festliche Untergrund bröckelt immer mehr ab. Schon vor Jahresfrist hat deshalb die Fuchstumgesellschaft ihre warnende Stimme erhoben und ein sachverständiges Gutachten eingeholt. Inzwischen aber ist so gut wie nichts geschehen, wahrscheinlich auch deshalb, weil man gar nicht einmal recht weiß, wem der Zustand jetzt eigentlich gehört. Gehört er dem Staat, der Stadt oder der Fuchstumgesellschaft, das ist nach der Eingabe von Jena und nach dem mit dem Hausberg vorgenommenen Besondere die große Frage. Da aber an dem Turm nicht nur die Jenerer interessiert sind, sondern auch weitere Kreise, so ist zu wünschen, daß die Hand ans Werk gelegt wird, bevor eine Katastrophe eintritt. Denn dann ist es zu spät. Jena sollte die letzten Reste seiner „lieben Wunder“, zu denen der Fuchstum gehört, in acht nehmen.

† Jena, 20. März. Nachdem die Sozialdemokraten bei den letzten Gemeinderatswahlen eine große Niederlage erlitten hatten, versuchten sie bekanntlich mit allen Mitteln eine Ungültigkeitserklärung der Wahlen herbeizuführen. Zuletzt erhoben sie gegen die Gültigkeit des Wahlergebnisses die so genannten Verwaltungsverträge, durch die die gegen die Gültigkeit der Wahlen gerichteten Beschwerden zurückgewiesen wurden, die Aufhebung des beim Thüringischen Oberverwaltungsgericht. Diese letzte Instanz hat jetzt auch diese Klage zurückgewiesen und den Klägern die Kosten auferlegt. Es bleibt also bei der neuen Zusammenlegung des Gemeinderates.

† Gera, 20. März. Zur Empfangnahme von Arbeitslosenunterstützung aus dem Gemeindeetat bewilligte 10 000 Mark haben sich innerhalb acht Tagen über 100 Einwohner gemeldet.

## Merseburg und Umgegend.

20. März. **\*\* Frühlingsanfang.** Frühlings- und Hoffnungs- und Mut der Winter noch so sehr mit trocknen Gebirgen, und streut er Eis mit Schnee umher, es muß doch Frühlings werden, festigt Geibel den Eingang des Frühlings. Und in der Tat. Von dem Neuenwaden der Natur werden wir angezogen. Es ist, als wolle die Sonne, die jetzt wieder reichlicher aus ihre Strahlen spendet, auch in uns neue Kräfte. Nach den dunklen trüben Tagen des Winters löst man in die helle frühlingsfrische Welt und man sieht unumgänglich dem entgegen, was die Natur noch verborgen hält. Frühlingsanfang! Mit Gewalt zieht es uns hinaus, dorthin, wo seinbar über Nacht ein Wunderland sich aufgetan hat. Wie zart und leicht leuchtet das erste Grün, einem weichen Schleier gleich breitet sich das Milde aus, das uns der Frühlings beider und aber allem irrt die Sonne in besonders hellem Glanz. Und wenn wir dann die diesen wandern, weiter tief unter Nacht, fast begierig drängen wir den Frühlingsanfang in uns ein — neues Leben, neues Hoffen! Wir können nachempfinden, was Arno Dols fühlt, wenn er über den Frühlings spricht: über die ganze Welt angehen — leise, leise Sonnenscheitel gehen, — die Aumer stödet tief im Grund, der Frühlings blüht mein Herz gehn.

**\*\* Verhärterte Bestimmungen für Kontrollveranlagungen.** Aus Anlaß der bevorstehenden Kontrollveranlagungen der Reservefonds und Landwehrleute werden von der Militärbehörde zum Teil sehr verhärtete Bestimmungen bekanntgegeben. Nicht nur das Hauptkommando, sondern auch die Kommandos, sondern auch das Erziehung zu einer anderen als der Militär, Eltern zu zahlen und zum Teil auch die Innehaberschaft dieser Pflicht häufige Meinungsverschiedenheiten bilden, so ist doch gerade bei einem Umzug die Kenntnis der Geseßesparagrafen recht von Vorteil. Nach dem Kommunalabgabengesetz erfolgt die Steuerpflicht durch das Aufgeben des Wohnortes mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Wohnort verlassen wird. In diesem Monat ist also bis in diesem Zeitpunkt der Gemeindebehörde oder dem Polizeiamt hiervon keine Anzeige erstattet zu sein, erst mit dem Ablauf des folgenden Monats. Es empfiehlt sich daher für denjenigen Steuerpflichtigen, der aus einer Gemeinde nach einer anderen ziehen will, darauf zu achten, daß auch in demselben Monat, in welchem der Wohnort verlassen wird, die polizeiliche oder schriftliche Anmeldung bei der Gemeindebehörde eintritt (ebenso bei der Kirchenbehörde). Wer also am letzten Tage des Monats umzieht, achtet darauf, daß seine Anmeldung noch an demselben Tage der Polizei angeht. Über die Mängelstermine bestehen im allgemeinen folgende Vorschriften. Sofern aus zwei Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen sind am 1. April zu räumen; mittlere, aus drei oder vier Zimmern bestehende Wohnungen müssen bis zum 2. April, mittags 12 Uhr geräumt sein. Große, aus mehr als vier Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen müssen am 3. April, mittags 12 Uhr leer stehen. Jedoch haben die Inhaber von Wohnungen bis zum 2. April, mittags 12 Uhr, bis zu drei Wohnzimmern und die Mieter von mehr als drei Wohnzimmern zwei Zimmer schon am 1. April dem neuen Mieter zur Verfügung zu stellen.

**\*\* Der Provinzial-Ausschuß der Roten Kreuz-Sammlung 1914** wird demnächst zur Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen in den einzelnen Regierungsbezirken in der Provinz, Versammlungen abhalten. Die erste dieser Versammlungen findet für den Reg.-Bez. Magdeburg am 25. März, nachm. 12½ Uhr, im Oberpräsidium zu Magdeburg statt. Der Geschäftsführer des Hauptvereins der Vaterländischen Frauenvereine Oberstaatsrat A. D. Friedrich wird einleitend über deutsche Männer und Frauen und das Rote Kreuz sprechen. Für den Reg.-Bez. Merseburg tagt der Provinzial-Ausschuß zu Halle im Saale der Stadtverordneten am 26. März, nachm. 4 Uhr, auch hier wird Dr. Friedrich über die Aufgaben des Roten Kreuzes sprechen. Am 27. März, der 31. März, wird mit einer einleitenden Ansprache des Generalrats Dr. Werner vom Zentralkomitee des Deutschen Landesvereins von Roten Kreuz in Berlin in Aussicht genommen. Was bereits bekannt, soll in unserer Provinz am 10. Mai, dem Gedenktage des Frankfurter Friedens 1871, die Rote Kreuz-Sammlung mit einem Vortrage eingeleitet werden. Die Sammlung, deren Vortrag lediglich den Kriegsvorbereitungen und freiwilligen Dienstleistungen des Roten Kreuzes dienen soll, wird wie das Zentralkomitee mitteilt, in den einzelnen Bundesstaaten selbständig in der Zeit vom 10. Mai bis zum 1. Dezember d. J. durchgeführt und durch besondere Landes- und Provinzial-Ausschüsse bis zu den Bezirks- und Ortsvereinen herab geleitet. Der Vortrag wird im Lande von drei bis zu fünf, nur wird zur Gründung eines Landesvereins beim deutschen Zentralkomitee eine kleine Abgabe von der Gesamtsumme erhoben werden. Die Gelder sollen verwandt werden: 1. um dem Mangel an gesunden Etappenpflegern abzuwehren, 2. um die bestehenden Schwefelkisten zu verfrachten und neue zu beschaffen, damit im Etappengebiet über eine große Anzahl von Verwundeten verfügt werden kann, 3. um diejenigen nötigen Verbandmittel und Geräte bereits im Frieden niederlegen zu können, die im Kriegsfall schwer zu beschaffen sind. — Wer es weiß, wie überaus wichtig ein gesundes Etappenpflegepersonal im Falle eines Feldzuges ist, um Tausenden von Verwundeten, die sonst dem Schicksal oder dem Tode geweiht wären, zur schnellen Unterbringung und Pflege und damit

zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu verhelfen, der wird das tatkräftige Vorgehen des Roten Kreuzes dankbar begrüßen und seinen freiwilligen Beitrag dazu gern spenden, der ja schließlich ihm und seiner Familie zugute kommt.

Ein Militärflugapparat — los. Rumpeltaube — überflog gestern nachmittags 5.20 Uhr in ziemlich hoher Höhe unsere Stadt und landete dann kurz darauf auf einem Ackergrundstück an der Landstraße. Die beiden Insassen, Oberleutnant Schönle als Beobachter und Leutnant Engerer als Flugführer, beschleunigten, auf dem höchsten Erdenfluge, zu landen, konnten diesen aber angeblich nicht finden, so daß die Landung hier erfolgte. Das Flugzeug kam von Oberitz bei Berlin, von wo der Flug bis hierher in 1½ Stunde zurückgelegt wurde; als Ziel galt Altenburg. Merseburg war als Übernachtlagerstation vorgesehen. Die Weiterfahrt erfolgte heute früh kurz vor 9 Uhr. Der Aufstieg ging glatt von statten und warig wurde bei derartigen Vorkommnissen etwas angereizt und der Selbstbeherrschung nicht schaden zulässig, wofür diese keinen Ersatz erhalten, denn nur der durch das Flugzeug angerichtete Schaden wird vergütet. Im übrigen ist das Betreten bestellter Feldgründe mit Strafe bedroht, worauf wir auch bei dieser Gelegenheit noch ganz besonders hinweisen wollen. Gegen 10 Uhr verließ das Flugzeug in südlicher Richtung unsern Ort. Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich auch heute wie am Abend vorher eingefunden und beobachtete mit Interesse das stolze Flugzeug und den folgenden Aufstieg. Leider waren aber viele Zuschauer zu rückständig, daß sie die Wege verließen und die bestellten Felder arg zertraten. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Teilnehmer bei derartigen Vorkommnissen etwas angereizt und der Selbstbeherrschung nicht schaden zulässig, wofür diese keinen Ersatz erhalten, denn nur der durch das Flugzeug angerichtete Schaden wird vergütet. Im übrigen ist das Betreten bestellter Feldgründe mit Strafe bedroht, worauf wir auch bei dieser Gelegenheit noch ganz besonders hinweisen wollen. Gegen 10 Uhr verließ das Flugzeug in südlicher Richtung unsern Ort. Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich auch heute wie am Abend vorher eingefunden und beobachtete mit Interesse das stolze Flugzeug und den folgenden Aufstieg. Leider waren aber viele Zuschauer zu rückständig, daß sie die Wege verließen und die bestellten Felder arg zertraten. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Teilnehmer bei derartigen Vorkommnissen etwas angereizt und der Selbstbeherrschung nicht schaden zulässig, wofür diese keinen Ersatz erhalten, denn nur der durch das Flugzeug angerichtete Schaden wird vergütet. Im übrigen ist das Betreten bestellter Feldgründe mit Strafe bedroht, worauf wir auch bei dieser Gelegenheit noch ganz besonders hinweisen wollen.

**\*\* Kirchliche Versammlungen in der Provinz Sachsen.** Die Berliner Missionsgesellschaft für Sachsen-Anhalt hält diesmal ihre Jahresversammlung in Zerbst am 4. und 5. Mai. Der Provinzial-Ausschuß für die Provinz Sachsen macht in diesem Jahre zum erstenmale den Versuch, die verschiedenen Vereinigungen seiner Tätigkeit in einer Versammlung zu vereinen. Sie findet vom 8. Juni in Halle die Versammlung der Arbeitervereine des Provinzbezirks, der Sozialisten und Jungfrauenvereine, der Arbeitervereine für Kinder Gottesdienste, des Erziehungsvereins, des Sittlichkeits- und des Herbergsverbandes. Der Evangelische Jugendrat hält in Verbindung mit dem Bezirksauschuß im Regierungsbezirk Merseburg dem. Gertum vom 14. Juni, Sonntag, um 8 Uhr, in Zerbst eine Versammlung, die sich zum Zweck hat, die evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine zusammenzuführen. Die Versammlung wird am 14. und 15. Juni in Sangerhausen; an den gleichen Tagen der Thüringer Singlingsbund in Zerbst. Die Gesangsvereine sind am 14. Juni in Zerbst, die Arbeitervereine am 17. Juni in Zerbst, während der Arbeitervereine seine Beratungen vom 16.—18. Juni in Regensburg abhält. Nach Oberleben leidet der Sultan Abdolkerem seine Getreuen am 22.—23. Juni. Endlich hält der Evangelische Soziale Arbeiterverband, der diesmal außer Landes geht, eine Jahresversammlung am 21. und 22. Juni in Leipzig, eine Einladung der internationalen Ausstellung für Buchdruckerei und Graphik folgten.

v. Schöps, 19. März. Die Neubauten in hiesiger Gartenstadt, die im vergangenen Herbst begonnen wurden, sind soweit fertiggestellt, daß sie in kurzer Zeit bezogen werden können. Auch in diesem Jahre werden dem Vernehmen nach weitere Neubauten ausgeführt. Bisher sind bereits 13 Häuser fertiggestellt. Die Gartenstadt hat eine sehr günstige Lage und kann von Merseburg aus in 15 Minuten bequem erreicht werden.

† Spergau, 19. März. Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung wurden in der ersten Abteilung der pensionierte Wohnwärter Ernst Gerth in der zweiten Abteilung der Sanitätsrat Dr. Friedrich, der pensionierte Wohnwärter Ernst Gerth am Saalplatz neu gewählt.

† Niederbuna, 19. März. Unter Seelitzer, Superintendent Geibel, der seit neun Jahren mit Treue und Erfolg seines Amtes waltet, hat sich abgeschlossen, am 1. Januar nächsten Jahres in den Ruhestand zu treten, obgleich sein trotz dem Alter von achtundvierzig Jahren noch recht kräftiger Gesundheitszustand ihm die Fortführung seines durch die gewerbliche Entwicklung seiner Gemeinde freilich immer schwerer werdenden Amtes noch längere Zeit gestatten würde. Nach einer Dienzeit von mehr als zweiundvierzig Jahren, von denen er vierzehn im Rheinland, dreißig im Saale und fünfzehn im Saale verbracht hat, ist dem dem wohlverdienten Ruhe sicherlich zu gönnen. Dem Vernehmen nach wird er diese am schönen sonnigen Meinerort beziehen, aber die Person seines Nachfolgers ist noch nicht bestimmt, und es ist anzunehmen, daß die Wünsche der schon an sich guten Stelle durch Verkauf eines großen Teils des der Pfarre schwebenden Landes am 1. April, das noch bebodend gemacht sind, so die Zahl der Bewerber, unter denen der Evangelische Oberkirchenrat die Auswahl zu treffen hat, sehr groß sein wird. Zu bemerken ist, daß die Gemeinde, weil die Stelle ebenfalls wieder mit der Superintendenten verbunden bleiben wird, abermals das Wahlrecht nicht ansähen darf. Wenn diese Gemeinde ihre Pfarre wiederum zu verlieren sollte, so wird sie, da die Behörde ihre Stelle jederzeit zur Superintendenten machen kann, und das gerne tut, dadurch getroffen, daß sie das Wahlrecht verliert, denn Superintendenten besitzt allemal die Behörde. Da die Leitung der Pfarre früher auch schon anderwärts gewesen ist, so würde die Gemeinde nicht sehr darunter leiden, wenn das wieder geschehe und sie sich einen Geistlichen über wählen dürfte. Da die Superintendenten für ihre kirchengerichtliche Arbeit nicht erhalten, außer einer Aufschlagung für Bürokosten, so ist es der Gemeinde, die im wesentlichen dieses Amt bezahlen muß. Mindestens wird ihr ein Teil der Arbeitskraft des Seelitzers entzogen, so daß sie kein Interesse daran hat, einen Superintendenten an ihrer Spitze zu sehen.





# Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

№. 68.

Sonnabend den 21. März

1914.

Zweite Beilage.

## Parlamentarisches.

△ Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 19. März.) Im Reichstag eröffnete am Donnerstag Präsident Dr. Kaas die Sitzung mit einem kurzen Hinweis auf die Geburt des drausichselbstigen Erbin. Er erbat die Ermächtigung, dem Reichspaar und dem Herzogpaar die Glückwünsche des Reichstages zu übermitteln. Bei der Fortsetzung der Beratung des Etats von 1914 wandte sich zunächst Dr. Erberger (3.) gegen die Angriffe in der alldeutschen Presse wegen seiner Ausführungen über die Behandlung der Eingeborenen auf den Plantagen. Er hielt demgegenüber keine Behauptungen aufrecht. Weiter kritisierte er das eigenartige Vorgehen des früheren stellvertretenden Gouverneurs von Ostafrika, Generalleutnants von Wrochem. So erklärte unter dem Beifall des Hauses, daß die seit Jahren Erlasse des Herrn von Wrochem nicht in die Sammlung der Verordnungen aufgenommen seien. Er ging dann besonders auf die Frage der Sausflaverei ein; die Verwaltung betreibe inoffiziellweise die Einschränkung und Beilegung dieser Institution. Die Festsetzung eines bestimmten Kontingents für ihre günstige Besetzung hielt er jedoch nicht für angelegentlich. Darin stimmte ihm Abg. Kleinath (nL) zu, der im Ubrigen von der Langsamkeit der großen Dienste für die wirtschaftliche Erhebung Zentralafrikas sprach. Abg. Bruchhoff (fortsch.) sprach sich für die Fortsetzung der Kolonien an und forderte im Interesse der Kolonie ihre Besserstellung. Nachdem auch Abg. Hoyer (Soz.) verdeutlichte sich ausführlich über die Diamantenfrage. Er wünschte eine durchgreifende Änderung in der Diamantenerhebung und eine andere Zusammenfassung der Diamantenregie, in der auch die Diamantenerbeiter vertreten sein sollen. Abg. Erberger (3.) meinte, daß man nun, da die Verhältnisse neu geregelt seien, die hoffentlich erfreuliche Entwicklung der Diamantenregie abwarten müßte. Staatssekretär Dr. Hoff legte in größter Erregung Verwahrung ein gegen Beleidigungen und Verleumdungen durch den Abg. Hoyer. Im Ubrigen betonte er, daß der Friede zwischen den Förderern und der Regierung nicht auf neue geführt werden dürfe. Die durchaus ungenügend behandelte Kolonie würde finanziell gefährdet werden, um auch dann wirtschaftlich selbständig sein zu können, wenn die Diamantenförderung nachlassen würde. Die Volkspartei wolle in erster Linie die Interessen der Eingeborenen, sondern deutsche Kulturpolitik. Nachdem ein Nachtragset ohne Debatte in erster Lesung angenommen und der Budgetkommission überwiehen worden war, und Abg. Hoff bekräftigt hatte, daß er den Staatssekretär beleidigt habe, verließ sich das Haus auf Freitag.

△ Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 19. März.) Bei den außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnetats fanden heute die Abgeordneten Gelegenheit, die Wünsche ihres Wahlkreises und ihrer Heimat zur Sprache zu bringen. Und jeder Abgeordnete denkt gern an seinen Wahlkreis, deshalb war die Redezeit heute so kurz, daß der Präsident wiederholt bitten mußte, sich zu fassen, sonst käme man mit den 26 gemeldeten Rednern nicht zu Ende. Der Fortschrittler Wittrod verlangte größere Eile beim Ausbau des Bahnhofs in Jena. Ein Regierungskommissar sagte ihm das zu. Der Nationalliberal Liepmann und der Fortschrittler Traub fragten gegen das Projekt eines großen Bahnhofs in Jena, bei dem die Ministerialdirektion auch ihre Befürchtungen wegen der Beunruhigung der Anwohnerschaft zu zerstreuen. Der

Fortschrittler Wente wünschte die Schaffung eines Fußgängerunterwegs am Kirchberger Bahnhof, der dem Empfangsgebäude ausgehen soll, und der Abgeordnete Saase, der fortgeschrittliche Vertreter von Gölitz hatte Wünsche zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Gürtiger Bahnhof. Der Konservative von Conrad klagte über den jetzigen Graudenzener Bahnhof, der Fortschrittler Gähloff wünschte Besetzung des Hauses eines zweiten Ausganges am Bahnhof zu Remscheid. Sein Fraktionskollege Dejer hatte viel zu sagen an den Verkehrsverhältnissen in Frankfurt a. M. Er verlangte eine schnellere Verbindung mit dem Taunus. Die festlichen und lässlichen Bahnverwaltungen seien viel entgegenkommender als die preussische und das rufe Erörterung hervor gegen Freuden. Der Eisenbahnminister von Breitenbach bekräftigte eine wirtschaftliche Vernachlässigung Frankfurts. Der Fortschrittler Thurm bezeugte die Stadt Frankfurt als einen Stiefkind der Eisenbahnerverwaltung, der Konservative Symmer meinte, daß man beim Umbau des Berliner Bahnhofs an künftige Erweiterungsbedürfnisse denken der Reichspartei Freund hatte zugunsten von Eisenbahnen wohlwollende Worte übrig, der Nationalliberal von Campe wollte eine Entlastung des Bahnhofs Nordturm. Nachdem die Regierung so eine ganze Reihe von Wünschen entgegen genommen hatte, wurde der Eisenbahnetat bewilligt. Man hat im ersten Lesung des Grundbildungsgesetzes. Hierzu liegen nationalliberale Anträge auf Förderung der inneren Kolonisation vor und ein fortgeschrittlicher Antrag, der, um im Königreich Preußen eine großzügige innere Kolonisation in die Wege zu leiten, 300 Millionen Mark zur Gründung von Staatsbetrieben für ländliche Betriebe verlangt. Der Konservative Minister Freyler von Schorlemer empfahl das erst verlangte Gesetz dem Abgeordnetenhaus sehr warm. Denn dieses Gesetz bedeute einen großen Fortschritt in der inneren Kolonisation, es werde die Anlegung von ländlichen Betrieben und Arbeitern erleichtern und damit der Entvölkerung des platten Landes entgegenwirken. Durch das Grundbildungsgesetz solle ein solches Verhältnis zwischen Großgrundbesitz und mit mittleren und kleineren Besitz herbeigeführt werden, solle der unregelmäßige Güterhandel unmöglich gemacht, aber der reelle Güterhandel nach Möglichkeit unberührt bleiben. Der Grundbesitzer solle getroffen werden, den Grundbesitzbesitzern, den gefährlichen Konkurrenten der Kaufleute, und gemeinnützigen Seidungsgesellschaften solle das Handwerk gelehrt werden. Deshalb sollen auch viele gemeinnützigen Gesellschaften ein Vorkaufsrecht bekommen und es soll verkehrt werden, mit Hilfe des Gesetzes die ungeduldeten hohen Grundbesitzer, die das richtige Grundbesitzes eigentlich im Osten eintritt, während im Westen der Monarchie soll der bäuerliche Besitz in derselben Hand mehr als bisher geliebt werden. Der erste Redner aus dem Hause war der Konservative von Kries, der dem ganzen Gesetz sehr wohl gegenüberstand, es nicht rundweg ablehnte, aber doch sehr viele Bedenken aufhäufte und auf die Kommission verwies, die noch sehr viel an dem Gesetz ändern müsse. Das Vorkaufsrecht für die gemeinnützigen Gesellschaften lehnte er ab, ebenso auch alle Bestimmungen, die vielleicht einmal gegen den Großgrundbesitz zur Anwendung kommen könnten. Nach ihm vertagte man die weitere Beratung auf Freitag.

△ Die Beratung der Besoldungsreform wurde am Mittwoch von der Budgetkommission begonnen. Der Berichterstatter bezeichnete die Vorlage als eine Nachwirkung der letztjährigen Gehaltsaufhebungen. Wichtig wurde die Entscheidung über die „höheren Unterbeamten“ sein. Weiter wurde es sich handeln um die Durchsetzung früherer Forderungen des Reichstages für die höheren Postbeamten. Man habe seinerzeit hierauf nur in der Annahme verzichtet, daß bessere Verhältnisse einleiten würden, als sie tatsächlich eingetreten sind. Es kommen weiter hinzu die Deduktion für, welche der Reichstag schon längst eine Verbesserung der Dienstverhältnisse gewünscht habe. Im ganzen werde man allerdings Rücksicht nehmen müssen auf die Leistungsfähigkeit des

Reiches, immerhin würden die Anträge, die er sich vorbehalten, ungefähr drei Millionen Mark mehr erfordern. Er beantragte die Vornahme zweier Redaktionen. Die Kommission stimmte diesem Antrag zu. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes erklärte, der Zweck des Entwurfs sei, erstens die Konsequenzen aus den letztjährigen Aufhebungen bezüglich der benachteiligten Beamtengruppe zu ziehen, zweitens die dem Reichstage bezüglich der Deduktion gemachten Zusagen zu erfüllen, drittens die den Änderungen in der Organisation des Beamtenwesens entsprechenden Besoldungsänderungen vorzunehmen. Die Regierung habe sich streng an diesen Zweck des Gesetzes gehalten. Eine Änderung des Besoldungsgesetzes sei nicht beabsichtigt, wohl auch nicht vom Reichstage. Man müsse auf die Wahrung auf andere Reichsbeamte und auch auf die Beamtenhaft der Einzelstaaten und der Gemeinden penflich achten. Der Reichstag möge durch die Einschränkung der vorgeschlagenen Besoldungsänderungen an der Erreichung des erstreuten Zieles mitarbeiten. Die vorgesehene Veränderungen in den Bezügen der Pensionäre sowie die entsprechenden Deduktionsvorläge seien in der Vorbereitung noch nicht soweit gediehen, daß sie gleichzeitig mit vorgelegt werden könnten. Im ganzen würden die vorgeschlagenen und die für die Pensionäre noch vorzuschlagenden Maßnahmen ungefähr 15 Millionen an der Kosten erfordern. Er sei eventuell bereit, das Kennwertgesetz, aus dem die Deduktion zum Teil bekräftigt werden soll, in der vorläufigen Form bekanntzugeben. Die Gehaltsaufhebung für die Unterbeamten erfordere bei der Veranschlagung 300 000 Mark, bei der Post- und Telegraphenverwaltung und 2 1/2 Millionen Mark bei den Reichsfinanzbeamten für 650 000 Mark, bei den mittleren Beamten 240 000 Mark und für die sonstigen Maßnahmen seien 1,8 Millionen notwendig, wovon aber 1 1/2 Millionen auf die Deduktion entfallen. Die Gesamtausgabe für die bisherigen Vorläge werde 6,3 Millionen betragen. Hieron gehen ab die Zulagen für die Eisenbahnbeamten, so daß nach 5,4 Millionen Mark an tatsächlichen Bedarf verbleiben. In der Nachmittags-Sitzung wurde gegen den Widerspruch der Regierung ein Kompromißantrag angenommen, der die Gehaltsätze von verchiedenen Unterbeamtenstellen, namentlich bei der Post, aber auch der Oberpostdirektoren usw. gegenüber der Vorlage erhöht.

△ Erfüllbarkeit im Marineoffizierskorps? Der fortgeschrittliche Abg. Hoff hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Betzungsnachrichten zufolge, werden die Söhne von Volksgenossen, die dem Reichstag eingetragene Anträge für die Marine nicht angenommen, auch wenn sie hinsichtlich ihrer Eignung den Anforderungen genügen, im Reichstange bereit, Anstufung darüber zu geben, ob diese Maßnahme, welche die Eignung und Befähigung, was bezieht der Herr Reichstangler zu tun, um die für die Volksgenossenstand verlegende und die Interessen der Marine schädigende Verwaltungspraxis der Marinebehörden zu bekräftigen?

## Gerichtsverhandlungen.

△ Eine namentlich Fleischverläufer interessierende Verhandlung fand am Montag vor der zweisitzigen Ersten Stadtammer an. Der Fleischverläufer Friedr. Kaufmann in Stadtilm hatte vom Fürstlichen Landrat in Götzen ein Strafmandat in Höhe von 150 Mk. erhalten, weil er sich in zwei Fällen der Übertretung des Fleischbeschulgesetzes schuldig gemacht habe. Am 31. Okt. 1913, dem im Kundschätzlichen festgesetzten Reformationsfest, war der Meister nach dem unübersehbaren Wilsleben gefahren, um ein 14 Tage altes Kalb zu kaufen. Da am genannten Festtage in Stadtilm nicht geschlachtet werden durfte, beschloß er, die Schlachtung an Ort und Stelle vorzunehmen. Da der Reichstangler in Wilsleben trotz wiederholter Aufforderung die Schau nicht vornahm, schlachtete Meister Kaufmann das Tier, nahm es mit nach

Parzelle 5 Stück 10 Pf.  
Bauernstücke 6 und 8 Pf.  
Stangenstücke 8 Pf.  
Zylinder 1/2 Pfund 25 Pf.  
Edamer 1/2 Pfund 30 Pf.  
Edt Emmentaler 1/2 Pfund 35 Pf.

Sochfeinen Limburger  
Bund nur 48 Pf.

Dito Abergold.

Büdlinge,  
— a Kiste 85 Wfg., —  
empfehlen  
Emil Wolff.

Br. Kopffleisch  
diese Woche wieder extra fein!  
Felix Möblus, Tiefen Keller 1.

**LIEBIG'S**  
FLEISCH-EXTRAKT

## Städt. Oberrealschule zu Eisleben.

Die lateinlose höhere Knabenschule gewährt die beste Vorbereitung für den Kaufmannsstand und alle gewerblichen Berufe. Nach 6jähr. Besuch Berechtigung für den Einj.-Dienst, nach neunjährigem für die Akademien Hochschulen und Universität (Theologie ausgenommen). Das neue Schuljahr beginnt am 16. April er. morgens 8 Uhr, mit der Aufnahmeprüfung, Jahresbericht und Auskunfts durch Dr. Müller, Direktor.

## Konfirmations - Karten

sowie Geschenke als  
Bilder Broschen Ketten Arm-  
bänder Ringe Manschettenknöpfe  
Spuzlerstöcke etc.

zu aussergewöhnl. billigen Preisen.

Kans Käther, Markt 20.



# Landwirtschaftliche

und

## Handels-Beitung

Wöchentliche Gratis-Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Der Nachdruck sämtlicher Originalartikel ist verboten. Gesetz vom 11. Juni 1870.

Sonnabend, den 21. März 1914.

### Abermältige Aenderung der Fleischpreisstatistik.

Die erst vor kurzer Zeit in Preußen eingeführte neue Art der Ermittlung der Kleinhandelspreise für Fleisch ist mit der Wirkung vom 1. Januar d. J. abermals geändert worden. Ein großer Teil der Bedenken, die bei der Einführung der neueren Erhebungsmethode geäußert wurden, ist durch die jetzigen Aenderungen beseitigt. Allerdings ist auch jetzt noch ein Idealzustand nicht erreicht worden, und es bleiben noch manche Wünsche unerfüllt, aber es ist anzuerkennen, daß man sich ernstlich bemüht, auf diesem schwierigen Gebiete zu zuverlässigen Zahlen zu gelangen. Eritliche Bedenken müssen über die Art und Weise erhoben werden, wie diese Zahlen dem Publikum vorgeführt werden.

Die neu erlassene Anweisung der Minister des Innern und für Landwirtschaft, die vom 22. Dezember 1913 datiert, verfolgt vor allem den Zweck, den Erhebungen eine größere Einheitlichkeit zu sichern, und es ist von diesem Gesichtspunkte aus die Beachtung bestimmter Grundsätze vorgeschrieben, indem es im übrigen wie bisher dem pflichtmäßigen Ermessen der Ortsbehörden überlassen bleibt, wie am zweckmäßigsten die Erkundigungen über den Stand der Preise einzuziehen sind. Vor allem sollen diese Erkundigungen über die Fleischpreise möglichst umfassend sein. Zu diesem Zwecke soll etwa ein Fünftel der einzelnen Verkauf Gelegenheiten (Läden, Marktplätze, Markthallenstände) in möglichst gleichmäßiger Verteilung über das ganze Ortsgebiet für die Preisermittlung herangezogen werden. Hierbei sollen die Geschäfte mit verschiedenem Kundenkreis und mit verschiedenen Sorten, jedoch in erster Linie mit Fleisch von dem am Erhebungs ort am häufigsten geschlachteten Viehqualitäten berücksichtigt werden. Doch sollen Geschäfte, die mit Luxusartikeln handeln oder andererseits das Fleisch zu Schleuderpreisen herabsetzen, ausgeschlossen werden. Die Preisermittlung soll bei den Läden und Standinhabern selbst, und zwar wenn irgend möglich schriftlich auf vordruckten Erhebungsmustern erfolgen, und zwar monatlich nur einmal, während bisher eine zweimalige Ermittlung im Monat erfolgte. Soweit polizeiliche Erhebungen stattfinden, sollen dazu uniformierte Beamte nicht verwendet werden.

Die bei den einzelnen Viehgattungen zu erhebenden Fleischqualitäten sind geändert und dabei noch mehr als bisher der im örtlichen Fleischkleinhandel herrschenden Einteilung des Schlachtwiehs angepaßt worden, wobei es aber den Erhebungsbehörden überlassen ist, nach Maßgabe der besonderen örtlichen Verhältnisse im größtmöglichen Anschluß an die vorgeschriebene Einteilung Aenderungen vorzunehmen. Bei den einzelnen Fleischsorten wird jetzt im allgemeinen Bratfleisch und Kochfleisch unterschieden, indem unter Bratfleisch im wesentlichen die besseren Stücke von der Keule, unter Kochfleisch die geringeren Stücke vom Vorderteil und Bauch zu verstehen sind. Für jede Qualität soll nur ein Preis — der gewöhnlich gezahlte — angegeben werden. Errechnete Preise sollen durchaus vermieden werden. Neu eingeführt ist die Unterscheidung zwischen Läden- und Markt- (Markthallen-)preisen. Von den 51 Orten der Monarchie, die für die Erhebung ausgewählt sind, deren Zahl übrigens vom 1. Januar d. J. an erweitert werden soll, haben 33 die Trennung zwischen Läden- und Marktpreis durchgeführt.

Während bisher die sogenannten häufigsten Preise in der Veröffentlichung die ausschlaggebende Rolle spielten, sollen jetzt für jede Fleischsorte neben den Spannungspreisen (dem höchsten und dem niedrigsten Preise) der häufigste und der Durchschnittspreis ermittelt werden. Der häufigste Preis wird aber in den monatlichen Veröffentlichungen nicht mehr angegeben, sondern nur in größeren Arbeiten des statistischen Landesamts mitgeteilt. Der Durchschnittspreis für jedes Fleischstück wird jetzt aus dem arithmetischen Mittel aller in dem Ergebnissort festgestellten Einzelpreise berechnet und mit dem Spannungspreise für jeden Ort veröffentlicht. Im übrigen werden irgendwelche Durchschnitte für die verschiedenen Tiergattungen sowie für den Staat und die Landesteile nicht mehr veröffentlicht. Wir bedauern dies auf das lebhafteste, denn wenn wir auch nicht verkennen, daß derartige Durchschnittspreise in mancher Hinsicht gewisse Bedenken haben, so geben sie doch ein einigermaßen zutreffendes Bild besonders von den Schwankungen der Preise. Die breite Öffentlichkeit insbesondere wird, wenn ihr derartige Durchschnittspreise nicht mitgeteilt werden

können, die Statistik der Fleischpreise kaum beachten, zumal man sich mit ihnen nach der jetzigen umfangreichen Art der Veröffentlichung und in eingehenden Zusammenstellungen, die in der Tagespresse unmöglich sind, beschäftigen kann. Es werden beim Publikum höchstens die Preise des eigenen Wohntages Beachtung finden, die ihnen übrigens aus der Praxis nicht genugsam bekannt sind. Wie aber das allgemeine Preisniveau sich gestaltet, ob diese oder jene Fleischsorte in Preußen im letzten Monat teurer oder billiger geworden ist, das kann man nur aus einem allgemeinen Durchschnittspreise ersehen, der jetzt fehlt. Wir fürchten also, daß das allgemeine Interesse an den Schwankungen des Fleischmarktes durch die jetzige Art der Veröffentlichung der Fleischpreise nicht befriedigt werden wird.

### Zur Gestaltung der Milchpreise.

Die in Hamburg und seinen Nachbarstädten seit Jahren fast in gleicher Höhe gebliebenen Milchpreise standen unter dem schützenden Einfluß des Zentralvereins der Milchproduzenten für Hamburg und Nachbarstädte e. V., einer Vereinigung von etwa 3000 Landeuten, die an der Milchlieferung beteiligt sind. Einer Zusage des Zentralvereins entnehmen wir folgendes:

„Durch Zurückhaltung zeitweiser Ueberflusses in den hierzu dienenden neuen Vereinsmeiereien, durch Abgabe von Milch aus diesen Meiereien zu Zeiten des Bedarfs fand die nötige Regulierung des Milchstromes statt. Damit der mit der Meiereiverwertung solcher Milch auf etwa 3 Pf. für das Liter niedriger zu bemessende Erlös (gegenüber dem direkten Absatz an den Konsum) nicht den einzelnen belastete, sondern von der Gesamtheit der Lieferanten getragen werde, wurde der Preisausgleich für die, in den Meiereien verarbeitete Milch aus der Vereinskasse bestritten. Hierzu waren jährlich rund 200 000 Mark erforderlich. Diese Summe, sowie die für sonstige Unkosten, einschließlich der Ausgaben für eine laufende Kontrolle von Milch und Klüben der Vereinsmitglieder, benötigten Mittel mußten durch entsprechende Beiträge der Mitglieder aufgebracht werden. Nur auf solche Art konnte das Angebot überflüssiger, die Marktlage unnötig beunruhigender Ware verhindert und zu

gleich die Sammlung von Milch für Zeiten außerordentlichen Bedarfs von Hamburg vollenzogen werden.

Für Produzenten, Händler wie Konsumenten wirkte die Stabilisierung angemessener Preise gleich günstig, und selbst die im vorigen Jahre infolge allgemeiner und wesentlicher Verteuerung der Produktionsbedingungen notwendig gewordene Erhöhung des Milchpreises um 1,3 Pf. für das Liter war in dieser Richtung nicht von erheblichem Einfluß. Wohl aber wuchsen hierdurch die Entschädigungslasten für den Zentralverein ganz bedeutend, zumal da ein Anstrom neu eingeführter Milchmengen hauptsächlich außerhalb der Meiereigenossenschaften wohl die gebotene, durch die Vereinstätigkeit geschaffene Marktlage für sich voll ausnutzte, nicht aber an den für ihre Gesunderhaltung notwendigen Opfern teilzunehmen benötigt war.

Da die Mitglieder des Zentralvereins aber nicht gewillt sind, weiter wie bisher und noch in höherem Maße für ihre, sich so kurzfristig und unkollegial erweisenden Berufsgenossen die nötigen Opfer einseitig zu tragen — wurde in einer am 18. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung der Beschluß gefaßt, vom 1. Mai d. J. ab bis auf weiteres keine Milchpreise festzusetzen und demgemäß auch keine Entschädigungen für unverkaufte, in den Meiereien zu verarbeitende Milch vereinstätig zu gewähren.

Damit ist dem „freien Spiel der Kräfte“, leider aber auch der unfairen Konkurrenz im Handel weicher Spielraum geboten. Die bisher zielbewußt zurückgehaltene Milchmenge — es kamen hierfür am 1. Mai des vorigen Jahres über 60 000, später bis 85 000 Liter täglich in Betracht — wird als Angebot auf dem Milchmarkt erscheinen und einen Preisdruck ausüben, den jeder Händler im eigenen Interesse sich nutzbar machen wird, um seinem Konkurrenten gegenüber bestehen zu können. Die Milch wird vom Produzenten aber tatsächlich mit Verlust, d. h. unter dem Gestehungspreise abgegeben werden müssen, da die betr. Wirtschaften auf eigene Milchverwertung nicht mehr eingerichtet sind, dazu auch eine völlige Aenderung der sonstigen Wirtschaftsweise ins Auge fassen müßten.

Je drückender sich der Preisrückgang für die Milch gestaltet, um so eher ist zu gewärtigen, daß in den Kreisen der beteiligten Interessenten die Ueberzeugung von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns mit dem Zentralverein sich Bahn bricht, daß dann durch Zusammenschluß der Lieferanten — sie mögen hierbei direkt oder durch Meiereilieferung in Frage kommen — eine so starke Vereinerung entsteht, daß die Tragung der bedingten Lasten sich auf genügend viele Schultern verteilt, um den einzelnen nicht ungebührlich zu drücken. Dann wird der Milchpreis wieder, wenn auch in mäßigen Grenzen, so doch in der Höhe festgesetzt werden, daß damit die Produktionskosten in angemessener Weise Deckung finden. Das konjunkturierende Publikum wird darin, wie bisher, eine Belastung nicht erblicken, besonders, da damit auch wieder die schützenden Maßregeln für Erhalt einer gesundheitlich einwandfreien

Milch verbunden sein werden, die jetzt leider mangels verfügbarer Mittel nicht mehr in dem bisherigen Umfange in Anwendung kommen können.

Ob durch Preisrückgang nun auch für das Publikum die Milch billiger werden wird, ist zum mindesten sehr fraglich. Sicher ist nur, daß unter Hinweis auf den billigen Einkauf die Zahl derer sich mehren wird, die sich in der „erfreulichen Lage“ erklären, einem „hochgeehrten Publikum“ die Ware so viel preiswerter als bisher und als ihre Kollegen anbieten zu können, daß mit dem nebenhergehenden Bestreben, trotzdem ein möglichst gutes Geschäft zu machen, der Schwindel durch Lieferung minderwertiger Ware Blüten von bisher ungeahnter Ueppigkeit zum Schaden der Konsumenten wie der reellen Händler treiben wird, weil und so lange die schützende Hand des Zentralvereins der Milchproduzenten fehlt!

### Welche Bedeutung hat gegenwärtig das Kaninchenfleisch als Nahrungsmittel?

In der „Nebenbüchse Kaninchenzeitung“ wird von Dekonomierat Strauch, dem Vorsitzenden des „Generalvereins der Schlesischen Kaninchenzüchter“, dem jetzt 157 schlesische Zuchtvereine angehören, eine ausführliche Statistik veröffentlicht, die sich auf das Jahr 1913 und die drei Vorjahre erstreckt und obengestielte Frage zur Beantwortung bringt.

Alljährlich haben die Verbändevereine dem Generalverein eine Statistik einzureichen, die anzugeben hat, wieviel Kaninchen von den Vereinsmitgliedern am 15. Oktober gehalten wurden, wieviel Kaninchen sie im Laufe des Jahres geschlachtet oder zu Schlacht- oder Zuchtzwecken verkauft, wieviel Personen Kaninchenfleisch verzehrt haben. Diese mehrere 1000 Einzelzahlen enthaltenden Mitteilungen wurden dann zusammengestellt und alljährlich der Öffentlichkeit übergeben. Aus diesen Angaben ist zu ersehen, daß die Kaninchen unter Mitwirkung der Verbändevereine und der engeren Tätigkeit des Generalvereins eine nicht geahnte und beispiellose Verbreitung in der Provinz Schlesien gefunden hat. Von 152 Vereinen hatten 135 Vereine den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Der Kaninchenbestand betrug in diesen Vereinen am 15. Oktober mit Ausschluß der Jungtiere 50 412, zur Zucht verkauft wurden 20 428, in den Haushaltungen der Züchter kamen 29 368 Kaninchen zur Abschachtung und 3221 Kaninchen sind im Laufe des Jahres zu Schlachtzwecken verkauft worden; es sind also in den Vereinen 103 429 Kaninchen gezüchtet worden. Wird der Geldwert dieser Tiere berechnet, so hatte der Bestand einen Wert von 151 236 Mark, die zur Zucht verkauften Kaninchen einen Wert von 40 856 Mark und die im Haushalt und außerhalb geschlachteten Tiere einen Wert von 85 610 Mark, also alle Kaninchen zusammen einen Wert von 278 454 Mark. Die in den Haushaltungen der Vereinsmitglieder geschlachteten Kaninchen hatten ein Lebendgewicht von 1999 Ztr. und ein Schlachtgewicht (Fleischgewicht) von 1332 Ztr.

Wird 1 Ztr. Fleisch nur mit 60 Mark bewertet, so stellt sich der Fleischwert auf 79 920 Mark. Wäre das Fleisch in demselben Gewicht pro Pfund mit 70 Pf. gekauft worden, so hätten die Züchterfrauen dafür eine Ausgabe von 93 240 Mark machen müssen. War man imstande, in der Kaninchenhaltung 1 Pf. Fleisch für 45 Pf. zu produzieren, so ist den Kaninchenhaltern dadurch eine Ausgabe von 59 940 Mark erwachsen, es ist demnach durch die Kaninchenhaltung eine Ersparnis von 33 300 Mark gemacht worden. Nebenbei hat aber auch die Verwertung der Felle zu Pelzwerk und zu Leder den Züchtern einen Gewinn gebracht.

In welchem Maße sich die Kaninchenzucht in Schlesien ausgebreitet hat, ist aus der Zusammenstellung der vierjährigen Statistik zu ersehen. Die Kaninchenbestände waren 1910 bis 1913 27 436, 23 312, 32 943, 50 413. Zu Zuchtzwecken wurden in den genannten Jahren verkauft 7040, 8793, 11 414, 20 428 und im Haushalt geschlachtet 12 313, 15 144, 20 438, 29 368. Es mag noch hervorgehoben werden, daß die 1332 Ztr. Fleisch nur in den Ställen der organisierten Züchter produziert wurden; diese bilden aber nur einen Bruchteil der Kaninchenhalter. Die Zahl der geschlachteten Kaninchen ist um ein Vierfaches größer.

### Ueber das Auslegen und die Größe der Saatkartoffeln.

Im „Prakt. Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ wurde kürzlich mitgeteilt, daß Kartoffeln ganz beträchtlich bessere Erträge bringen, wenn beim Legen die Augen nach unten kommen, so daß die Keime im Bogen der Erdoberfläche zustreben. Das leuchtet, schreibt jetzt dazu Prof. Dr. Küster, Münchberg (Mark), ohne weiteres sehr ein. Ich gab deshalb meinem Aufscher Anweisung, daß wir im nächsten Frühjahr einen sorgfältigen größeren Versuch in dieser Richtung machen wollten. Einer meiner dabei stehenden Arbeiter sagte darauf: „Der Professor, das machen wir bei uns zu Hause (in Dispreußen) schon lange. Das war schon so, wie ich noch ein kleiner Junge war, vor vierzig Jahren. Die großen Güter schmeißen die Kartoffeln hin, wie es kommt, weil die keine Zeit haben. Aber die kleinen Leute, die bloß ein kleines Stück Land haben, legen immer die Augen nach unten, weil die Keime, die gleich an die Oberfläche wachsen, nichts ansetzen.“ — Es ist merkwürdig, daß eine Kenntnis, die doch sicher von großer Wichtigkeit ist, in einzelnen Teilen unseres deutschen Vaterlandes seit Jahrzehnten vorhanden sein konnte, ohne Allgemeingut zu werden.

Was nun den Einfluß der Größe der Saatkartoffeln auf die Ernte anbetrifft, so ist es landläufige Ansicht, daß gute Mittelkartoffeln die reichste Ernte ergeben. Nach der Lehre von der Vererbung der Eigenschaften aber muß man annehmen, daß unter sonst gleichen Bedingungen die größeren Saatkartoffeln die größere Nachzucht und damit die größere Ernte geben müßten.

Vor einigen Jahren habe ich nun folgenden Versuch gemacht: Es wurden nebeneinander zehn Reihen nur ausgesucht großer voll-

gewichtiger Kartoffeln gelegt (hohle Knollen kommen in meinem kräftigen Lehmboden überhaupt niemals vor), daneben zehn Reihen guter Mittelkartoffeln und daneben wieder zehn Reihen kleiner, aber doch gut ausgebildeter Kartoffeln. Alle Reihen waren 40 m lang, so daß die Versuchsfäche 7200 qm groß war, also reichlich groß genug, um Zufälligkeiten auszuschließen. Mein Aufseher behielt recht; die Mittelkartoffeln gaben die größte Ernte, die großen Kartoffeln gaben etwa zehn Prozent weniger, und die kleine Saat blieb noch beträchtlich weiter zurück.

Wie ist das nun zu erklären? Ich glaube folgendermaßen: Die großen Kartoffeln sind vermutlich deshalb so groß, weil sie von Pflanzen mit nur wenig Knollen stammen, also reichlicher ernährt wurden. Die Größe ist deshalb nur ein Ernährungsphänomen, keine Staudeneigenschaft, kann also nicht vererbt werden. Wohl aber ist die geringe Knollenzahl an der Stauden eine vererbliche Eigenschaft der letzteren, und dadurch wird die Ernte von dem großen Saatgut herabgedrückt. Man soll also großes Saatgut nur dann wählen, wenn es gleichzeitig von reich besetzten Stauden stammt. Oder anders ausgedrückt: nicht Knollenauswahl soll man treiben, sondern Staudenauswahl.

### Der Beruf des Landwirts.

Insp. G. schreibt in der „Dtsch. Landw. Presse“:

Mit Riesenschritten geht es jetzt auf das Osterfest zu und mit ihm tritt an unzählige junge Leute und ihre Eltern die Berufsfrage heran.

Da es für einen jungen Mann — neuerdings allerdings häufig auch für ein junges Mädchen — keinen wichtigeren Schritt auf dem Lebenswege gibt als die Berufswahl, so werden einige Worte hierüber sicher auf Interesse und Verständnis rechnen können.

In weiten Kreisen ist man der Ansicht, daß man bei der Berufswahl in erster Linie Rücksicht auf die Neigung der jungen Leute zu nehmen habe und wirklich erscheint das ja auf den ersten Blick als das allein Richtige. Die Eltern sollen ja nicht den Beruf ergreifen, sondern die Kinder haben sich ihr Leben lang damit abzufinden; auch liegt ja die Annahme sehr nahe, daß der junge Mann in einem ihm sympathischen Beruf mehr leisten wird als in einem, der „ihm nicht liegt“.

Denkt man jedoch schärfer in dieser wichtigen Angelegenheit nach, so muß man sich doch die Frage vorlegen, ob die jungen Leute, die vor die Berufswahl gestellt sind, schon richtig beurteilen können, welcher Beruf ihnen zuzagt und für welchen sie sich eignen dürften. Diese Frage aber möchte ich durchaus verneinen.

Da die Leser dieses Blattes zum weitaus größten Teile dem Landwirtschaftsstande angehören, so hat auch dieser Beruf für sie begreiflicherweise das größte Interesse.

Wenn der Sproßling einer Landwirtschaftsfamilie im Alter von 15 bis 18 Jahren sein Einjährig-Freiwilligen-Examen bestanden hat, dann erscheint meist den Eltern, mehr noch ihm selbst, der Zeitpunkt gekommen, wo er ins Leben hinaus muß! Bis dahin hat er

seine Gedanken ausschließlich auf die Schule mit ihren immer steigenden Anforderungen richten müssen und kennt die verschiedenen Berufsarten nur vom Hörensagen. Der einzige Stand, den er zu kennen glaubt, ist der des Vaters, aber von diesem kennt er nur die Lichtseiten.

Verlebt er nämlich die Ferien im Elternhause, so nimmt ihn der Vater zur Erholung von Stubenluft und Bücherstaub in die grünen Felder und den herrlichen Wald, läßt ihn reiten und angeln, nimmt ihn mit im Wagen und auf die Jagd und versucht ihm — wer wollte es den Eltern verdenken? — die Ferienzeit so angenehm wie möglich zu gestalten. Von Kummer und Sorgen des Landwirts, von dem ewigen, aufreibenden Nerger mit den Leuten, von Mißerfolgen in Hof und Feld, von steigenden Löhnen und Abgaben, von sinkenden Vieh- und Getreidepreisen, von durchwachten Nächten bei krankem Vieh, von widerwärtigen Prozessen mit betrügerischen Händlern, kurz von allem Unangenehmen hört er nichts — warum auch dem Jungen damit die Ferienfreude trüben!

Und so kommt es, wie es kommen mußte: vor die Berufswahl gestellt, will er Landwirt werden, so wie sein Vater, so wie seine Brüder und Freunde.

Zu der großen Menge von Landwirtschaftslehrlingen aber gesellen sich Tausende aus kleinen und großen Städten, die auch viel Schönes und Angenehmes vom Landleben gehört haben, und so entsteht das gewaltige Heer von jungen Landwirten, das durchaus kein Segen ist für unseren Stand.

Ein großer Teil dieser jungen Leute hat allerdings die Aussicht, später einmal das väterliche oder auch ein anderes Gut zu übernehmen; aber auch sie wollen und müssen erst einmal in fremden Wirtschaften etwas Tüchtiges lernen und nehmen Tausenden von Güterbeamten, die auf Geldverdienen angewiesen sind, Stellung und Brot weg; haben sie ausgelernt, so stellen sie das Hauptkontingent zu dem Heer der „Volontärverwalter“, deren Ueberhandnehmen mit Recht in diesem Blatte beklagt wurde.

Was wird nun aus dieser gewaltigen Menge junger Landwirte? — Zuerst hat es keine Not! Cleven, Volontäre und Volontärverwalter werden ja in Mengen gesucht; sie reichen noch kaum aus, um den Bedarf der Besitzer und Pächter an billigen Hilfs- und Arbeitskräften zu decken. Aber später kommt es anders! Gewiß, ein großer Teil scheidet aus, um ein eigenes oder Pachtgut zu übernehmen; ein kleiner Teil, der die notwendige Vorbildung genossen hat, wendet sich von der Praxis zur Theorie und findet bei landwirtschaftlichen Lehranstalten, Instituten oder Landwirtschaftskammern Anstellung als Lehrer, Beamter, Tierzuchtinspektor usw.

Ein anderer großer Teil aber muß sich sein Leben lang mit einer schlecht bezahlten, wenig angesehenen, unselbständigen Stellung begnügen. Wer sich damit nicht abfinden kann, sattelt noch im reifen Alter um und wird Versicherungsbeamter, Reisender, Gastwirt oder Stellenvermittler.

Viele aber treibt die Enttäuschung, ihr Kummer, Nerger über Stellenlosigkeit und

dergleichen auf die schiefe Bahn; leichtsinniger Lebenswandel und schlechte Gewohnheiten lassen sie bald immer tiefer sinken — sie enden auf der Landstraße.

Wer die Verhältnisse kennt, wird mir recht geben, daß — die Wohlhabenden, die sich selbständig machen können, ausgenommen — nur ein ganz kleiner Prozentsatz sein Ziel erreicht, denn auf hundert gesuchte Cleven, Volontäre und Assistenten kommt in der Regel nur ein verlangter Beamter mit Lebensstellung.

Jeder einsichtige Berufsgenosse wird mir daher recht geben, wenn ich Eltern und Erziehler davor warne, der so erklärlichen Neigung der jungen Leute zur Landwirtschaft ohne weiteres nachzugeben.

Gern soll zugegeben werden, daß die Landwirtschaft ein sehr schöner, interessanter Beruf ist, daß ein an Geist und Körper gesunder Jüngling ihn eigentlich lieben muß; aber es ist im Beruf wie in der Ehe: von der Liebe allein kann man nicht leben. Und so sollen auch die jungen Leute, die jetzt vor der Berufswahl stehen, sich nicht ausschließlich von ihrer Neigung leiten lassen, sondern auf die ratende Stimme der Eltern hören, die im Leben stehen und wissen, was zum Leben gehört.

Mögen die unbemittelten ganz besonders reiflich überlegen, ehe sie diesen schönen, aber auch sehr anstrengenden, verantwortungsreichen und schlecht bezahlten Beruf ergreifen. Mögen aber auch alle, die in der glücklichen Lage sind, einmal einen eigenen Betrag verwalten zu können, sich vor Augen halten, daß auch hierzu heutzutage neben bedeutenden Geldmitteln hohe Intelligenz und tüchtige Kenntnisse erforderlich sind!

Sollte dieses Mahnwort auch nur einige wenige junge Leute vor dem Glend einer „gecheiterten Existenz“ bewahren, so hätte es seinen Zweck vollauf erfüllt.

### Mannigfaltiges.

Eine krankhafte Erscheinung bei den Saustieren ist die Appetitlosigkeit, die aber nicht immer die Folge eines Mätlehens sein muß, sondern auch andere Ursachen haben kann. Ist dagegen das erstere der Fall, d. h. rührt die mangelhafte Fresslust wirklich von einer mehr oder weniger starken Verdauungsstörung her, so sind bittere Mittel, wie Löwenzahn, Wermut, Enzian am Platz, welche als Tee den Tieren eingeschlüpft oder als Pulver unter das Kurzfutter gemischt, verabreicht werden müssen.

Zur Obstbaumzucht. Sehr dicht besaunte Obstsorten fangen den Regen auf, es kommt daher sehr wenig Feuchtigkeit an die Wurzeln und dieses ist oft deren Verkümmerung, wenn wir schnee- und regenlose Winter bekommen. Mergelböden, Sandböden überhaupt alle leichten Böden sind deswegen in todenen Nabegeben schlechte Baumernährer. Ich habe in meinen Gärten überall, deswegen die Arbeit eingeführt, nach jedem Schneefall den Schnee um den Baumstamm bis zur Kronentraufe meterhoch aufzusammeln, ebenso werden aus der Naucharbeit die Eistüde, die oft 30-40 Zentimeter dick, so oft wie möglich herausgehacht und unter den Obstbäumen angehäuft. Durch dieses Verfahren habe ich meinen Bäumen jeweils für genügende Feuchtigkeit gesorgt.

Erkennungszeichen des alten Geflügels. Alte Hühner und Tauben erkennt man an einem gedrungenen stärkeren Körperbau härteren Brustknochen, einer spröderen, dickeren,



sogenannten Hühnerhaut und etwas stumpe abgenutzten Klauen; Gänse und Enten an stärkeren Kuckhällen, dickerer Schwimmhaut und zarteren Schwänzen; Truthühner an ihren roten Beinen und stärkeren schwammigen Fleischlappen auf dem Kopfe und unter der Kehle. Nach diesen Erkennungszeichen läßt sich beim Ankauf auch das wilde Geflügel einigermaßen beurteilen. Ob es frisch ist, das muß hauptsächlich der Geruch bestimmen. Man kann es vom Augenblick an, wo es geschossen ist, im Herbst in den Federn, kalt und fuffig längend, mehrere Tage aufbewahren, doch muß es gleich, nachdem es geschossen ist, auseinander werden. Zu langer Aufbewahren macht es eckelhaft.

Desinfektion von Dünger. In einer kürzlichen Sitzung des bayerischen Landwirtschaftsrates wurde eine Anfrage, ob Dünger, der von auswärts in Weinbaubezirke eingeführt wird, dort wirksam desinfiziert werden kann, von Ministerialrat Professor Dr. Vogel in beifolgendem Sinne folgendermaßen beantwortet: Für die Unschädlichmachung solchen Düngers kommt insbesondere das Verfahren der sogenannten Badung in Betracht. Die Badung von Dünger, Streu, Futtermitteln und ähnlichen Stoffen hat an einem Plabe zu geschehen der von Tieren, die für die Seuche empfänglich sind und von unbefugten Personen nicht betreten werden kann, und von dem aus ein Ablauf von Schmutzwasser in andere Gehöfte, auf fremden Personen und Tieren zugängliche Wege, in Brunnen, Flußläufe und anderes Nutzwasser nicht stattfindet. Sie ist in der Weise vorzunehmen, daß Rot und Streu im Verhältnis wie etwa 2:3 innig gemischt und mächtig durchfeuchtet in größeren Haufen drei Wochen lang locker gelagert werden. Trockener Dünger ist nach der Aufstapelung mit Nauche oder Wasser (etwa 10 bis 15 Liter auf 1 Kubikmeter Dünger) zu durchtränken. Im übrigen wird wie folgt vorgegangen. Zunächst wird auf dem Boden eine etwa 25 Zentimeter hohe Schicht nicht infizierten (nicht verfeuchten) Düngers oder von Stroh oder Torf von etwa 1,5 bis 2 Meter Breite und beliebiger Länge ausgebreitet und darauf der zu desinfizierende Dünger zu einem Haufen mit ledrigen Seitenflächen bis zu einer Höhe von ungefähr 1,25 Meter vom Boden an gerechnet, gepackt. Die Oberfläche des Haufens wird mit einer, etwa 10 Zentimeter dicken Schicht von nicht infiziertem Dünger, Stroh, Laub, Torf oder anderem losem Material belegt und hierauf mit einer 10 Zentimeter dicken Erdschicht eingedeckt. Nach dreiwöchiger Badung kann der Dünger ohne weiteres abgefahren werden. Falls mit der Art der Lagerung des Düngers die Gefahr einer Verschleppung des Infektionsstoffes durch ablaufendes Schmutzwasser in andere Gehöfte, auf fremden Personen und Tieren zugängliche Wege, in Brunnen, Wasserläufe oder sonstiges Nutzwasser verknüpft ist, ist der Dünger bereits vor der Verbringung an den Ort der Lagerung mit dicker Kalkmilch zu begießen.

Rinngegenständen ein altertümliches Ansehen zu geben. Um Gegenständen aus Zinn und Zinnblegierungen ein altertümliches Ansehen zu geben, sind bis jetzt hauptsächlich Lösungen von Kaliumchlorid verwendet worden, welche den Gegenständen sepia-braune Töne von großer Wärme erteilen. An Stelle der teureren Kaliumlösung empfiehlt sich eine verdünnte salzsaure Lösung von Antimonchlorid am einfachsten der käufliche Liquor Stibichlorati mit salzsaurehaltigem Wasser verdünnt. Man bepinselt die Gegenstände damit, läßt eintrocknen und reibt dann vorsichtig ab, zuletzt mit kl. Bedingung für ein gutes Gelingen ist die vorherige vollständige Entfettung der Rinngegenstände. Für Dekorationszwecke des Zinns, bei denen der Preis nicht zu berücksichtigen ist, nehme man die schöne blau-schwarze Färbung, welche eine Palladiumchloridlösung auf Zinn erzeugt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Better, Berlin O. Gedruckt und herausgegeben von John Schwerins Verlag Aktiengesellschaft, Berlin O.

### Kartoffel-, Stroh- und Heupreise

an Proviantamtsorten vom 10. März bis 16. März 1914, ermittelt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats<sup>1)</sup> und redaktionell in ihren Grenzwerten und nach Provinzen usw. wiedergegeben in Mark für 1 dz (= 100 kg).

Provinzen und Staaten	Kartoffeln	Langstroß	Kurzstroß	Heu
Ostpreußen . . . . .	4,00—7,50	3,80—5,50	3,00—4,00	5,00—8,00
Westpreußen . . . . .	4,00—5,20	4,50—5,50	3,50—4,00	6,00—7,30
Brandenburg . . . . .	4,00—4,60	3,90—5,00	2,20—3,60	5,70—8,60
Pommern . . . . .	3,00—4,00	4,00—6,00	2,90—4,00	5,60—9,00
Posen . . . . .	3,00—4,00	3,00—4,00	4,50	5,00—6,50
Schlesien . . . . .	3,40—5,00	3,00—5,00	2,40—3,00	6,00—7,00
Sachsen (Prov.) . . . . .	3,60—5,50	3,00—4,00	2,00—2,90	6,00—8,00
Schleswig-Volstein und Westfalen . . . . .	3,60—7,30	3,60—4,80	3,10—4,00	5,40—6,60
Hannover und Braunschweig . . . . .	2,80—7,00	2,80—6,00	—	5,00—7,00
Westfalen . . . . .	5,60—7,00	3,00—3,80	2,00—2,40	4,50—6,00
Hessen-Nassau, Großh. Hessen . . . . .	4,20—6,00	3,60—4,00	2,40—3,20	5,00—7,40
Großh. Baden . . . . .	4,80—8,00	4,40—7,00	3,60—5,50	6,00—7,50

### Getreidepreise des Inlandes

an dessen wichtigsten Märkten und Börsenplätzen, nach der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats (in Mark per Tonne am 19. März 1914).

Stadt	Weizen	Roggen	Gerste	Safer
Abnigsberg	—	150-50 <sup>1)</sup>	—	146-156
Ansbach	170-195	—147 <sup>1)</sup>	130-145	130-152
Danzig	—188	—151 <sup>1)</sup>	—	140-156
Stein <sup>2)</sup>	—180	—150	—	—146
Posen	178-184	142-144	152-180 <sup>3)</sup>	148-150
Breslau	179-181	143-145	152-155 <sup>3)</sup>	142-144
Mittelf <sup>4)</sup>	—	144	—	144
Magdeburg	188-190	151-153	162-170 <sup>3)</sup>	163-165
Cassel <sup>1)</sup>	185-195	155-157	—	160-175
Berlin	188-194	152-153	—	150-179
Neubrandenb.	185	148	145-160	150-160
Stralsund	—172	140-152	160-164 <sup>3)</sup>	140-155
Rendsburg <sup>1)</sup>	—198	—157	—	—162
Hamburg	194-196	153-156	—	156-170
Dannover	189	153	—	164
Frankfurt/M.	198-205	164-165	—	161-176
Minden <sup>1)</sup>	179-183	152-153	—	160-164
Dortmund	182-187	150-154	—	158-166
Münster	186	150	—	160
Coest	200-205	162 <sup>1)</sup> /s-65	—	162-180
Biberach <sup>1)</sup>	180	146	156-158	156-158
Mannheim	205-207	162-165	—	165-182
Ulm <sup>1)</sup>	180	150	—	—
Dinkelsbühl <sup>1)</sup>	190-194	148-150	—	148-160

<sup>1)</sup> Marktpreise vom 18. März. <sup>2)</sup> Feinstes Weizen über Notiz. <sup>3)</sup> Braugerste. <sup>4)</sup> Futtergerste.

### Sämereien.

Berlin, 16. März 1914. (Bericht der Firma H. Mey & Co., Berlin W. 57, Börsenstr. 56.)  
 Infolge der etwas kälteren Witterung ist es in der Berichtswode im Sämereiengeschäft etwas ruhiger geworden, so daß die recht zahlreich aufgelaufenen Aufträge erledigt und die Lagerbestände ergänzt werden konnten. Notkle wird neuerdings aus Frankreich und Rußland wieder etwas stärker und auch in besseren Qualitäten preisgemäß angeboten, so daß weder Mangel noch Preisänderungen eintreten. In Weizen, Rundklee und Schwenklee herrschen im Angebot Mittelqualitäten vor, während Primasorten nur wenig am Markt. Alle übrigen Kleesorten und Gräser seit bei guten Umläufen. In Serradella macht sich das russische Angebot durch seine unreinen, mangelhaft feimenden Qualitäten unangenehm bemerkbar. Es ist zu befürchten, daß solche bei der Knappheit reiner, hochfeimender deutscher Ware, zumal sie sehr billig offeriert werden, Käufer finden, so daß Vorzicht geboten ist. Besonders stark begehrt sind Runkelrüben, Möhren und Kohlrüben, so daß die gangbarsten Sorten bereits recht knapp werden.  
 Unsere heutigen Notierungen für garantiert feidefreie Saaten sind: Notkle, russischer 84-97, schles. 88-99, nordfranzösischer 67-77, Weizen 79-119, Schwedischer Riee 60-81, Wundklee 50-67, Gelbklee 27-32, Luzerne, Orig. Prov. 61-68, Italien. 52-60, russische 42-52, Sandluzerne 72-76, Spharlette 17-20, do. erhöhte Saat 34-36, Inkarnatklee

24-26, Vohrartlee 65-69, Phacelia tanacetifolia 66-68, Serradella 12-15, Raigras, engl. 18-20, ital. 18-20, franzö. 46-58, Timothee 27-32, Wiefensuchschwanz 82-92, Klorigras 50-124, Anuligras 38-52, Raminigras 66-75, Wiefenschwingel 40-50, Sonigras 16-44, Röhrglanzgras 155-160, Gemeines Rispengras 99-104, Wiefenrispengras 51-56, Lupinen gelbe 9-9,50, do. blaue 8,50 bis 9,00, do. weiße 9,00-9,50, Erbsen, Heine gelbe 11-12,00, do. Heine grüne 13-14, do. Viktoria weiße 15-16, Viktoria grüne 16-17, Kelnklee 11,00-12, Pferdebohnen 10,50-11, Grünfutterwiden 10,50-11, Pferdejahnmais 11,50-12,00, Buchweizen, silbergrau 13,50-14, do. braun 12,50-13, Gelbklee 15-20, Reindotter 15-16, Sommerrüben 21-22, Wiefenpögel 12-15, mittellanger Spögel 13-14, Ackerpögel 14-16, Sandwidge (Vicia villosa) 13-26, Johannisroggen 11-12. Alles per 50 Kilo ab unterm Lager.

### Futtermittel.

Hamburg, 17. März 1914. (Originalbericht über Kraftfuttermittel der Firma Gustav Rindt.)  
 Während der Absatz in disponibler Ware nach wie vor ein überaus schleppender und sehr schlechter ist, hat die etwas bessere Stimmung für Abschlässe auf nächste Saison angehalten. Von vorliegender Ware ist Baumwollaatmehl infolge höherer Forderungen von Amerika besser begehrt worden, während übrige Artikel unverändert zu notieren sind. Für nächste Saison fanden speziell in Palmkuchen größere Abschlässe statt.

### Heutige Notierungen.

Eogen, weiße Rufisque-Erdnusskuchen M. 164 bis 168, jogen, weißes Rufisque-Erdnusskuchenmehl 165 bis 169, jogen, haarfreie Parceller Erdnusskuchen 158-156, deutsches Erdnusskuchenmehl 153-156, entsefertes und doppelt gefiebtes Baumwollaatmehl 174-176, doppelt gefiebtes Texas-Baumwollaatmehl 171-174, amerik. Baumwollaatmehl 153-162, deutsche Palmkernkuchen 128-131, deutsches Palmkernschrot 125-128, indischer Kotoschrot 163-169, Kotoschrot 139-145, Sejamkuchen 135-137, Kapskuchen 107-111, deutsche Reinkuchen 135-137, Hamburger Reiskuchenmehl 77-79, getrocknete Biertreber 111-113, getrocknete Getreidehülle 122 bis 133, Malzkeime 109-114, großschalige gesunde Weizenkleie 103-106, Maisfutter weißes Qual. Pomco 145-148, Sojafschrot 138-141.

Die Preise gelten für SokoWare per 1000 kg ab hier bezw. ab Harburg a. E. in Wagonladungen.

### Butterhandel.

Berlin, 16. März 1914. (Originalbericht von Gebr. Gause.)  
 Infolge des anhaltenden besseren Konsums konnten die Einklieferungen feinerer und feinerer Butter geräumt werden. Dabei kommen wieder viel abnehmende Qualitäten an den Markt, die schwerer verkäuflich sind, da denselben frische russische Butter, ihrer guten Beschaffenheit wegen, vorgezogen wird.

Die heutigen Notierungen sind:  
 Sof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 126-128  
 " " " " " " " " 123-126

# Monatsblatt.

Wissenschaftliche Beilage  
zum  
„Merseburger Correspondent“.



Erscheint monatlich  
nach der  
Haupt-Versammlung.

Nr. 25.

Sonnabend, 21. März.

1914.

## An unsere Leser!

1. Das Kunstblatt ist fertig und kann bei dem Unterzeichneten abgeholt werden. Der Preis beträgt 25 Pf. (Verpackung und Porto 0,10 Mk.)

Die Abbildungen stellen dar:

1. Das Museum (Vgl. dazu S. 29 ff., 56 und 65 des Monatsblattes),

2. Das Modell des zweiten Kossbacher Denkmals (Vgl. a. a. D. S. 97),

3. Die im Stadtarchiv befindliche Skizze, die einen geplanten Umbau des alten Rathhauses wiedergibt (Vgl. a. a. D. S. 76).

2. Der Unterzeichnete erbittet baldigt die zum Einbinden bestimmten Monatsblätter. Der Preis beträgt 0,60 Mk.

3. Der 2. Band der Chroniken wird im April erscheinen, doch kann der Preis noch nicht genau angegeben werden. Vorbestellungen auf gebundene und ungebundene Exemplare sowie auf die fünfteilige Lieferungsansgabe nimmt der Unterzeichnete entgegen.

Oberlehrer Dr. Taube,  
Koonstr. 23 I.

## Das zweite Kossbacher Denkmal.

An der Stelle des Kossbacher Schlachtfeldes, die heute eine eisengegoßene, von preussischen Offizieren des Königlich-königlichen Korps gestiftete und 1814 eingeweihte Gedächtnssäule trägt, stand von 1766–1796 eine schlichte, von Bewohnern des nahen Dorfes Reichardtswerben errichtete Steinsäule. Auf dem Marsch nach Frankreich 1792 kam Prinz Louis Ferdinand über das Schlachtfeld und gab den Auftrag, die damals wahrscheinlich bereits stark verwitterte Steinsäule durch ein neues Denkmal auf seine Kosten zu ersetzen. Dieses wurde am 23. Mai 1796 eingeweiht. Die alte Säule fand einen Platz nahe bei Reichardtswerben. Schon im Jahre 1806 verschwanden beide. Am 18. Oktober dieses Jahres zog Napoleon mit einem Teile seines Heeres über das Schlachtfeld. Von Berthier auf das neue Denkmal aufmerksam gemacht, ritt er hin und gab Befehl, es nach Paris zu schaffen. Dort wurde es nahe der Kirche St. Roche aufgestellt, war aber verschwunden, als 1814 die Verbündeten in Paris einzogen, und ist es seitdem geblieben. Gleichzeitig ging auch die ältere Säule zugrunde. Sie wurde von Bauern aus Reichardtswerben im Oktober 1806 vergraben, soll später wieder hervorgeholt und bei einem Hausbau verwendet worden sein. Nur der sie einst krönende Flammenhelm ist auf dem Reformationsdenkmal in Reichardtswerben noch erhalten. Ausführlich über beide Denkmäler und deren inhaltlich, z. T. wörtlich übereinstimmende Inschriften vergleiche Wiltisch, die Schlacht von nicht bei Kossbach, Halle 1858, S. 227 ff.

Von dem zweiten Denkmal sind einige Abbildungen vorhanden. Die eine befindet sich bei Ribbenbeck, Beiträge zur Bereicherung und Erläuterung der Lebensbeschreibungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen usw., Berlin 1836. Sie ist sicherlich falsch, wie noch ein

Kenner des Urbildes bezeugt hat (vgl. Wiltisch, S. 232, Anm. 523). Die andere mir bekannte Abbildung hat Wiltisch, aber auch sie stimmt nicht vollständig, obwohl sie nach der vom Maurer Tobias Böhland in Reichardtswerben gefertigten Nachbildung gezeichnet zu sein scheint (Wiltisch S. 232).

Herr Rittmeister v. Bose in Frankleben schenkte vor einiger Zeit in dankenswerter Weise der Sammlung unseres Vereins für Heimatkunde eine Nachbildung dieses zweiten Denkmals, über deren Herkunft er nichts beibringen kann und die, soweit seine Erinnerung reicht, im Besitz der Familie gewesen ist. Es ist wohl anzunehmen, daß es die genannte Nachbildung Böhlands ist. Jedenfalls stimmen ihre Maße im Verhältnis genau zu denen des Denkmals wie sie Böhland in seinen Bemerkungen über die Schlachtsäulen gemacht hat (Wiltisch 232). Ist auch das Urbild durch den Haß französischer Eiferer uns verloren, so können wir uns doch freuen, wenigstens in der Nachbildung eine offenbar getreue Wiedergabe zu besitzen. Ein ausreichender Grund, ihr einen Platz auf unserem Kunstdruckblatt zu geben.

Taube.

## Die Bergeldbußen im Land zu Sachsen einschl. der Pfalz Merseburg.

### Historisch-numismatische Studie.

„Fünff Stätt sind die Pfalzen geheizen, die liegen in dem Land zu Sachsen, da der König seinen rechten Hoff haben soll. Die erste ist Gruna. Die ander Werla, die ist nun zu Goslar gelegen. Wallenhausen ist die dritte, Alstedt die vierde und Merseburg die fünfte. Sieben Fahn-Lehen sind auch in dem Land zu Sachsen. Das Herzogthum zu Sachsen, und die Pfalz, die Mark von Brandenburg, die Landgraffschaft zu Thüringen, die Mark zu Meissen, die Mark zu Luitz und die Graffschaft zu Uchersleben. Auch so sind vier Erz-Bisthumb in dem Land zu Sachsen, und fünffzehn andere Bisthumb, die diesen unterthänig sind. Dem von Magdeburg ist unterthan der Bischoff von Raumburg, der von Merseburg, und der von Havelberg. Der Bischoff von Mainz hat vier Unterthanen im Land zu Sachsen: Den Bischof von Halberstadt; den von Hildesheim, den von Verden, und den von Halborn. Der Bischof von Osnenburg, der von Minden, und der von Münster, die sind unterthan dem Bischoff von Köln. Der Erz Bischoff von Bremen hat unter ihm den von Lübeck, den von Schwerin, und den von Raxenburg.“

Also ist zu lesen im 62. Artikel des 3. Buches des alten sächsischen Landrechts, wie es Ludovicus um die Mitte des 18. Jahrhunderts ins Hochdeutsche übertragen hat.

Versetzen wir uns zurück in das 12. und 13. Jahrhundert. Das Land der Sachsen umfaßte das Gebiet von der unteren Elbe und Weser bis hinauf an die Saale und Unstrut. In politischer Beziehung zerfiel es in zahlreiche Grafschaften, denen Pfalz-, Land-, Markt-, Burg- und Gaugrafen vorstanden. Diese übten in ihrem Gebiete die örtliche Gerichtsbarkeit aus, während die örtliche Gerichtsbarkeit in den Dörfern der Ortsrichter

oder Schultheiß, oder wo ein solcher nicht vorhanden war, der Bauermeister versah. Hier fanden in der Regel alle 14 Tage Gerichte oder Gebinge statt; der Burggraf (Vogt) hielt dreimal im Jahre über peinliche Sachen Gericht (Vogtbing).

Eine solche alte Gerichtsstätte befand sich ehemals vor der Altenburg zu Merseburg auf dem Hügel, wo heute das Bellevue steht. Der Weg, der von Westen her nach diesem Hügel führt, heißt noch heute der Gerichtsrain.

Eine Eigentümlichkeit des sächsischen Landrechts, das für alle, die sich nicht in einem Lehnverhältnisse befanden, Geltung hatte, bestand in der Einrichtung des sog. Wergeldes. Wer sich wegen einer Missetat vor Gericht zu verantworten hatte, konnte sich einer Klage dadurch erwehren, daß er eine bestimmte Summe zahlte, eine Art Neue- oder Sühnegeld. Hierüber bestimmte der 45. Artikel folgendes:

„Iun verneimt von aller Leute Wergeld und Buße. Fürsten, Freyherren und Schöppenbarfreye Leut, die sind gleich an Buße und Wergeld zu nehmen. Doch so ehret man die Fürsten und freyen Herren mit Gold geben zu Buße, und giebt ihn zwölf güldene Pfennige, der soll ein jeglicher drey Pfennige Gewichts Silbers wiegen. Das Pfenniggewicht Goldes nahm man zur Zeit für zehn Pfennige Silbergewichtes. Also waren die zwölf Pfennige dreyßig Schilling Silbers werth. Den Schöppenbaren freyen Leuten giebet man auch dreyßig Schilling zu Buße. Wendischer Pfennige, der<sup>1)</sup> sollen zwanzig Schilling eine Mark wägen. Ihr Wergeld ist auch achtzehn Pfund. Jegliches Weib hat ihres Mannes halbe Buß und Wehrgeld. Eine jegliche Maag und unbemannet Weib hat halbe Buß, nachdem<sup>2)</sup> als sie gebohren ist. Der Mann ist auch Vormunde seines Weibes zu hand als sie ihm getrauet wird. . . . Den Bauerngülden<sup>3)</sup>, und den die des Schultheißens Ding<sup>4)</sup> suchen, den giebet man fünfzehn Schillinge zu Buße, und zehen Pfund zu Wehrgeld. . . . Andern freyen Leuten, die Landassen geheißten, die da kommen und fahren in Gastes weis in dem Lande und haben kein eigen darinnen, den giebet man auch fünfzehn Schillinge zu Buße. Und zehen Pfund das ist ihr Wehrgeld. Zwanzig Schillinge sechs Pfennige und ein Hälbling, ist der Lassen Buß. Und neun Pfund ist ihr Wehrgeld. . . . Dhn Wehrgeld sind alle unrechte Leute.“

Wer des anderen Vieh tötete, der mußte es entgelten mit einem hierfür festgesetzten Wergelde. Daselbe betrug für ein Huhn einen halben Pfennig, eine Ente oder Gans einen Pfennig, während der Brutzeit aber drei Pfennig; das Lamm galt vier, das Kalb sechs Pfennig; das Füllen einen Schilling, der Hohnhund drei, das Schwein und das Hind vier Schilling, Augochsen und Feldtinten acht, Arbeitspferde zwölf Schillinge. Ein Reitpferd wurde am höchsten bewertet, nämlich auf ein Pfund.

Die von den Richtern verhängten Strafen nannte man „Gewette“. Jemandem wetten bedeutet daher: „an jemand Strafe zahlen“. Des Königs Bann war die höchste Strafe. Er bestand in Leibes- und Geldstrafen. Die Geldstrafe belief sich auf 60 Schillinge.

„Gebent der König des Reiches Dienst oder Hoff mit Urtheilen, und läßt er verkündigen den Fürsten mit seinen Briefen und Insiegeln, sechs Wochen vor ehe er werden soll, den sollen sie suchen in teutschen Landen, wo er ist. Lassen sie es aber, sie wetten darum. Die Fürsten die da Fahnelehen haben, wetten dem König hundert Pfund. Alle andere, die wetten zehen Pfund. Den Herzogen wettet man auch zehen Pfund, ein jeglicher Edelmann. . . . Pfalzgraffen und Landgraffen dingen unter Königs Bann, als der Grafte; dem wettet man auch sechzig Schilling. Jeglichem Markgraffen dreyßig Schilling, der da dinget bey seyn selbst hulben. Dem Schultheissen wetten seine Bauerngülden acht Schilling. Dem belehnten Vogt, der des Königs Bann nicht hat, dem wettet man drey Schilling zum höchsten. Den Gaugraffen sechs Pfennig, oder einen Schilling. Dem Bauermeister wettet man sechs Pfennige und unterweilen drey Schilling vor Haut

<sup>1)</sup> der = deren.  
<sup>2)</sup> nachdem = je nachdem.  
<sup>3)</sup> Gülbe = Gilbe.  
<sup>4)</sup> Ding = Gericht.

und Haar. Und das ist dann der Bauern in der Gemeinde zu vertrinken.“

Will man eine einigermaßen richtige Vorstellung von den oben angeführten Geldverhältnissen gewinnen, so muß man besonders den schwankenden Wert des Silbers in den einzelnen Zeitläuften in Betracht ziehen. Während unter den Karolingern die Wehrgeldbußen in Vieh entrichtet wurden, nahm man später ein bestimmtes Gewicht Silbers als Maßstab an. Die Schillinge (solidi) waren nur Rechnungsmünze, zur Ausprägung gelangten anfangs nur die Pfennige (denarii).

Nach meiner Berechnung galt im 12. und 13. Jahrhundert:

- 1 ganzes Wehrgeld = 18 Gewichtspfund Silber,
  - 1 Pfund Silber (Mark) = 20 Schillinge,
  - 1 Schilling = 12 Pfennige (Wendische).
  - 1 Hälbling = ½ Pfennig. (Perichnitterer Pfennig.)
- Je nach der Schwere des Delikts wurden ½, ¼, ⅓, ⅕, ⅙, ⅛ Wehrgeld festgesetzt.

Als um die Wende des 13. Jahrhunderts die Groschen aufkamen, rechnete man auch im Gebiete des Stifts Merseburg ein Wergeld = 8 Schock Silbergroßchen = 480 Groschen.

Zu Anfang des 15. Jahrhunderts tauchten im Stift die Gulden auf. Nach dieser Währung betrug ein ganzes Wergeld 20 Gulden Rheinisch, das höchste Gemette den vierten Teil eines halben Wergeldes = dritthalben (2½) Gulden.

A. Gerhardt.

### Moltke in Merseburg.

Die Freunde der Heimatkunde werden gern hören, was Moltke, der im Jahre 1851 als Generalstabschef des IV. Armeekorps mehrere Wochen in Merseburg weilte, in vier Briefen an seine Frau von unserer alten Stadt berichtet.

(Helmuth von Moltkes Briefe an seine Frau und Frau, Stuttgart 1910. S. 131 bis 137.)

Das gute Quartier und das schöne herrschaftliche Bett in Dessau mußte er veranlassen mit einem schlecht durchheizten Zimmer und einem spartanischen Lager im Merseburger Schloß. Zudem wird er von Rheumatismus geplagt und bekommt einen leichten Anfall der hier herrschenden Grippe. Dienlich hat er viel Scherereien.

Da sind ihm denn die täglichen Ausritte und Ausfahrten in die Umgebung willkommen. Abwechslung und Erholung: ein Ritt nach Weizenfels zur Truppenbesichtigung, eine Fahrt am mondhellern Abend nach Lauchstedt zu einem Diner des Artillerieregiments, ein Ritt in die halbüberschwemmten Saale-Wiesen, bei dem er auf der Suche nach neuen Wegen beinahe steckengeblieben wäre. Ein „ganz famos“ Diner beim Regierungsrat von Pohe und ein „sehr hübsches“ Konzert des 31. Regiments soll auch nicht unerwähnt bleiben.

Aber das Schönste muß wörtlich wiedergegeben werden:

M. d. 8. Januar 1851. . . . Heute in der Stille des Abends ertönten wunderbare Klänge durch den weiten Raum, so leise, daß ich lange zweifelte, ob ich Musik hörte oder mir es nur einbildete, und doch so tief, daß das Gemölbe zu erzittern schien. Aus meiner Schlafstube konnte ich freilich deutlich vernehmen, daß es die Orgel war, welche mit feierlichen Tönen die Kirche durchbraute. Aber alle Fenster waren dunkel. Gewiß war es der Bischof Trotha, welcher dem armen Edelknaben sein Unrecht abbat, dessen Bild unter meinem Fenster in Stein gehauen, ohne Haupt die Hände gen Himmel erhebt, als ob er noch im Sterben seine Unschuld beteuerte. . . .

Merseburg, den 9. (u. 12.) Jan. 1851.

Guten Abend, lieb' Weibchen! Ich möchte gern ein bißchen mit Dir plaudern. . . . Heute vormittag hörte ich eine gute Predigt. Nach Parade machte ich Visite. Es war heute wundervoller Sonnenschein, und ich machte nachmittags noch einen Ritt längs der Saale. Abends hörte ich den Ritter Trotha Orgel spielen; es war nämlich unser Hausgenosse, der Herr Professor Ritter, Wohlgeboren, welcher lebt den Spieß gemacht hat. Als ich in die altertümliche Kirche trat, glomm das Abendrot mit verblühendem Strahl durch die runden Glascheiben und bald senkte sich ein Dämmerlicht herab, welches die ein-

zelnen Personen unkenntlich machte und jedem das Gefühl der Einsamkeit gab. Denn nichts zerstreut mehr, als wenn man sich beobachtet glaubt. Ich setzte mich in einen alten Chorstuhl, wickelte mich behaglich in meinen Pelz und blickte auf das versammelte Publikum, welches ebenso regungslos darsaß wie die Heiligenbilder, Wappenschilder, Apostelstatuen an den Wänden und Pfeilern. Ein Ton, so tief, wie ihn das menschliche Ohr eben noch erkennen kann, summete leise aber gewaltig durch die Stille. Ihm schloß sich ein zweiter, ein dritter an, und bald brauste es durch die hohen Gewölbe als wenn eine Schar wilder Geister in den mächtigen Pfeifen der viertgrößten Orgel der Welt gebannt gewesen wären, die einmal befreit, unaufhaltsam dahinzubrausen schienen. Aber ein Fingerdruck des Zauberritters bannte sie in ihre langen Pinfutterale und gab den leisen, aus Rom wohlbekannten Tönen: O sanctissima, mater amata, ora pro nobis, ora pro me, freien Raum. Es waren nicht Variationen, die mir verhaßt sind, dieses schönen Themas, aber es wiederholte sich bald in leisem Piano, bald mit der donnernden Volltönigkeit dieses Rieseninstrumentes in den wunderbarsten kontrapunktischen Wendungen und Verschlingungen und machte in der fetterlichen Umgebung und der Stille des Abends einen wirklich ergreifenden Eindruck. Morgen wird Herr Ritter ein Konzert im Orangeriehaufe geben und der Präsident von Krosigk ein Diner in der Domprobstei.

Ich habe noch im Mondschein einen einsamen Gang rings um die Stadt gemacht, nun will ich mich etwas freuden und die „Pölnische“ lesen und dann mein spartanisches Lager einnehmen. Gute Nacht, liebes, gutes Weibchen.

Wie berecht wird da der große Schweiger! Wie empfänglich ist das Gemüt des straffen Soldaten für die Schönheiten des Orgelspiels in unserer altehrwürdigen Domkirche!

Nebenbei auch, wie zärtlich der große Strategie als Gatte!

Vielleicht regen diese Zeilen an, nach weiteren Berichten unserer Helden über Merseburger Tage zu suchen.

Paul Stephan, Posen.

## Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins für Heimatkunde im Jahre 1913.

Von Dr. Taube.

Mit dem vorliegenden Blatte schließt der 2. Jahrgang und zugleich der 1. Band unseres Monatsblattes, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens viele Freunde in Stadt und Land erworben hat. Er enthält zahlreiche Aufsätze, die nicht nur flüchtiger Unterhaltung dienen, sondern dauernde Belehrung bringen. Es war ein guter Gedanke, ein solches Blatt zu schaffen, den zum ersten Male unser Mitglied, Herr Lehrer Bresien, ansprach und in die Tat umzusetzen half. Das Monatsblatt wird weiter erscheinen und, nach den vorliegenden Beiträgen zu urteilen, nicht minder die Freunde der Heimatkunde fesseln. Wie dieses Blatt so hat auch seine übrige Tätigkeit unsern Vereine Freunde und Gönner erworben und erhalten. Da sind zunächst die anderen Veröffentlichungen zu nennen. Bei der Einweihung des Museums ließ er eine wertvolle, von Professor D. Rademacher verfasste Festschrift „Das Kloster St. Petri in Merseburg“ erscheinen. Im September folgte der erste Band der Merseburger Chroniken „Geschichte der Kirche im Stift Merseburg seit der Einführung des Evangeliums, zusammengestellt von M. Christian Voccius“. Die schwierige Übersetzung der in gezierter Latein geschriebenen und nur in einem handschriftlichen Exemplar erhaltenen Chronik befragte Professor Dr. Rademacher, der auch die Herausgabe der Chronik des Möbius, des zweiten Bandes der Sammlung, übernommen hat. Ihm, wie allen denen, die durch Geldspenden das wertvolle Unternehmen ermöglichten, sei an dieser Stelle gedankt. Die Herausgabe des Heimattalenders wurde dagegen eingestellt, da die Wilmonski-Stiftung einen Kreisatlas für 1914 herausgab.

In ähnlicher Weise wußte der Verein durch seine Monatsversammlungen mit ihren Vorträgen Mitglieder

wie Freunde zu fesseln. Es war selbstverständlich, daß in dem Gedentjahre die Mehrzahl der Vorträge sich die große Zeit vor hundert Jahren zum Gegenstand wählte. Das Jahr wurde eingeleitet mit dem Vortrag „Vor 100 Jahren“ (Dr. Taube), in dem ein Bild der Volkstimmung in Preußen während der ersten Monate 1813 gezeichnet wurde; der gleichnamige Vortrag desselben Redners im Oktober schilderte dagegen die Männer und Völker des Befreiungskrieges bis zur Völkerschlacht. Einzelne Personen und Erscheinungen jenes herrlichen Völkerfrühlings wurden in anderen Vorträgen gewürdigt: Herr Superintendent Goebel brachte nach Erinnerungen seines Vaters den „Freiherrn v. Lübow“ und den „Reichsfreiherrn vom Stein“ dem Hörer menschlich näher und ließ ihren Wilbern neue Züge (abgedr. in Nr. 14, 15 und 20 des Monatsblattes); Herr Oberlehrer Dr. Wedding zeichnete in einem fein durchdachten Vortrage „Die Dichter der Befreiungskriege“; einen umfassenden und die Hauptereignisse klar heraushebenden Bericht über „Die Schlacht bei Großgörschen“ brachte Herr Lehrer Müller, den aus mühsam gesammelten „Briefen und Berichten solcher, die dabei waren“ Herr Lehrer Neuschert ergänzte. Derselbe schilderte in seinem nicht nur heimatkundlich wertvollen Vortrage die Schicksale der „Lützowischen Jägerschar im Kreise Merseburg“ (abgedr. in Nr. 15–17 des Monatsbl.). Herr A. Schwidert ließ in seiner „Kriegervereins-Reminiszenz zum 17. März 1813“ auf Grund hinterlassener Papiere eines alten Merseburgers den altmärkischen Verein der Krieger aus den Felzügen der Jahre 1813 bis 1815 wieder aufleben (abgedr. in Nr. 12 des Monatsblattes); Herr Pastor Werther brachte Nachrichten zur „Erstürmung von Merseburg am 29. April 1813“. Anderen Gedenttagen waren gewidmet der Vortrag des Herrn Lehrers Neuschert „Soolquellen im Kreise Merseburg“ zur Erinnerung an die 150. Wiederkehr der Erschließung der Dürrenberger Soolquellen und die „Mitteilungen über die Kobbacher Denkmäler“ (Dr. Taube). Ferner sprachen Herr Pfarrer a. D. Schmidt-Halle über „Geschichtliches aus der engeren Heimat“, Herr Schwidert über „Neuentdeckte Inschriften am Schloß und am alten Rathaus und Reminiszenzen von diesen Gebäuden“, sowie Herr Lehrer Schröder über „Geologische Skizzen aus der Umgegend“.

Das Interesse für unseren Verein bekundete sich in einem guten, z. T. sehr guten Besuche dieser Vorträge, es zeigte sich aber auch darin, daß wiederum im vergangenen Jahre seine Sammlungen von vielen Seiten durch Geschenke oder leihweise Überlassung stark vermehrt wurden. Auf sie im einzelnen einzugehen erübrigt sich hier, da sie im Monatsblatt auf S. 44, 64 und 92 benannt sind. Erwähnt seien nur die von der Königl. Regierung und vom Domkapitel überlassenen Baustücke von Schloß und Dom, die Unterstützung des Vereins durch Seine Exzellenz den Herrn Landeshauptmann und durch die städtischen Behörden.

Den letzteren verdankt nun auch der Verein sein neues Heim in den ehrwürdigen Räumen des Klosters St. Petri. Maurermeister Graul schenkte sie der Stadt, der leider so schnell verstorbene Fabrikbesitzer Dietrich gab die Mittel zu ihrem Ausbau, die städtischen Behörden schenkten dem Verein die Mittel zu deren Ausstattung. So konnte der Verein den 29. April 1913 als einen frohen Festtag begehen; die Einweihung des Museums (vergl. Monatsblatt S. 56 und 65) war ein Markstein in seiner Geschichte und ein Tag stolzer Genugtuung. Ein Markstein, denn mit diesem Tage übernahm der Verein neue und größere Pflichten, der Genußnahme, denn allseitig wurde sein Streben als wertvoll, seine Bemühungen als gelungen anerkannt. Darum ergeht immer wieder an alle in Stadt und Land die Bitte, dem Verein durch Mitgliedschaft, durch Zuwendungen, durch Unterstützung seiner Bestrebungen zu helfen. Wie schon oben gesagt wurde, ist das Interesse groß. Das zeigt sich auch in dem starken Besuch des Museums während der gewöhnlichen Besichtigungszeit, ferner in dem Besuch zahlreicher in Merseburg tagender Vereine und Verbände, aber auch darin, daß mancher außerhalb der Stadt und mancher alte Merseburger auch in der Ferne dem Vereine die Treue bewahren. Gerade diese auswärtigen Mitglieder sollten den Bürgern Merseburgs und den Bewohnern

der Umgegend eine Mahnung zum Beitritt sein. Darum mögen ihre Namen hier folgen.

**Die auswärtigen Mitglieder:**

- Adermann, Gutsbesitzer, Schöpan.
- Bangert, Seminaroberlehrer, Neuhalbensleben.
- v. Bose, Rittergutsbesitzer, Frankleben.
- Giesecke, Dr., Hofapotheker, Dresden.
- Goebel, Superintendent, Niederbeuna.
- Hauschild, Generalkommissionszeichner, Erfurt.
- Hündorf, Pfarrer, Emersleben.
- Fuchsoff, Bildhauer, Schöpan.
- Kahner, Geh. Regierungsrat, Dresden.
- Lapp, Friseur, Hannover-Herrenhausen.
- Münz, Korrespondent, Annaburg.
- Müller, Justizrat, Tserlohn.
- Nenz, Lehrer, Schöpan.
- Niehus, Pfarrer, Burgliebenau.
- Rost, Profurist, Frankleben.
- Seiffge, Pfarrer, Bündorf.
- Schrader, Bürgermeister, Schafstädt.
- Schröter, Lehrer, Beesen.
- Schulze, Pfarrer, Braunschweig.
- Stolze, Sekretär a. D., Halle.
- v. Trotha, Erz. Rittergutsbesitzer, Schloß Stopan.
- Urtel, Geh. Sanitätsrat, Halle.
- Walter, Pfarrer, Crumpa.
- Walther, Präparandenlehrer, Frankfurt.
- Wesling, Sozietätsinspektor a. D., Frankfurt.
- Wesner, Kunstmaler, Collenbey.

**Tagesgeschichtliche Uebersicht für Febr. 1914.**

- 2.: Das Hamburgische Segelschiff „Sera“ an der Küste von Port Scathe (Cornwall) gescheitert. 19 Mann ertrunken.
- 16.: Prinzessin Wilhelm von Baden †.
- 17.: Der Reichstag bewilligt den Reichszuschuß zu den olympischen Spielen.
- 18.: Großer Brand auf der Speicherinsel in Danzig.
- 19.: Kaiser Wilhelm in Karlsruhe.
- 21.: Eröffnung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel.
- 24.: Schweres Unglück im Förderschacht bei Kupferdreh (Essen).
- 26.: Furchtbare Kesselexplosion in der Anilinfabrik zu Kummelsburg. 13 Tote.

**Inhalt des 1. Bandes.**

(April 1912 bis März 1914.)

**I. Tätigkeit des Vereins.**

	Seite	
Taube, Zur Einführung.	1.	
(Taube,) Vorträge in den Vereinsitzungen.	8 33 72.	
(Taube,) Generalversammlung 1912.	33.	
Taube, An unsere Leser (Kunstblatt, Veröffentlichungen des Vereins)	93 97.	
(Ortmann,) Geschenke an den Verein.	44 64 92.	
(Taube) Die Einweihung des Heimatmuseums.	56.	
(Rademacher und Taube,) Unser Museum.	65.	
Taube, Jahresbericht 1913.	99.	

**II. Quellen und Urkunden.**

Taube, Merseburg vor 100 Jahren. (2. Band der Köppeschen Chronik	21 25 33 37 41 51 54 55 59 69 73 77 81 85 89 93.	
Seiffge, Aus der Zeit des Herzogs Moritz Wilhelm. (Cheberedung.)	27 32 36.	
Rademacher, Die Originalberichte über die Merseburger Feuersbrünste.	94.	

**III. Darstellungen.**

1. Vorgeschichte.	
Ortmann, Das Steinkistengrab bei Frankleben.	9.
2. Zeitgeschichte.	
Wolf, über Körners Verbundung.	27.
Reuschert, Die Lühower Freischar im Kreise Merseburg.	59 61.

Seite

Taube, Das Gefecht von Merseburg am 29. April 1813.	49 55.
3. Ortsgeschichte.	
Seiffge, Einquartierung in Bündorf im Jahre 1806 und Prozeß des Gemeindegeschöppen F. A. Hoffmann gegen die Gemeinde Bündorf.	84.
Seiffge, Einquartierung im Juni 1813.	60.
Seiffge, Einquartierung in Bündorf im Oktober 1813.	76.
Seiffge, Aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges (betr. Dörstewitz).	96.
Rademacher, Von der Faktion an der Brauhäuserstraße.	45.
Schwidert, Vom „Goldenen Arm“ und vom „Esel“.	37.
Grüger, Das Kreuzifix an der „Hohen Brücke“.	40.
Reuschert, Richard Wagner in Lauchstedt.	18 23.
Heberer, Neubau der Neumarktmühle Anno 1590.	90.
Rademacher, Die Klosterkirche St. Petri.	29.
(Rademacher,) Das alte Rathhaus und der Ausbau des Gewandhauses 1719.	76.
Brezien, Das Schwarze Tor.	10.
Wallenburg, Die Erneuerung der Kirche St. Thomä in den Jahren 1820 u. 1826.	75.
Taube, Das zweite Kößbacher Denkmal.	97.
Reinhardt, Der Kirchturm in Wallendorf.	87.
Stephan, Moltke in Merseburg.	98.

4. Wirtschaftsgeschichte.	
Schwidert, Vom Merseburger Hoffischer, seinem Fischgebiet und seinen Fischen.	1.
5. Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsgeschichte.	
Droste-Radtberg, Zur Merseburger Kulturgeschichte (Polizeiordnung Christians des Älteren von 1667).	6 10 14.
Gerhardt, Die Wergelbhußen im Land zu Sachsen usw.	97.
6. Münzgeschichte.	
Gerhardt, Merseburger Münzen (12. und 13. Jahrhundert).	34 44.
7. Heeresgeschichte.	
Schwidert, Kriegervereins-Reminiscenz zum 17. März 1813.	47.
8. Kulturgeschichte und Volkskunde.	
Koerlin, Spätmittelalterliches Städteleben im Spiegel deutscher Geschlechtsnamen. Merkwürdiger und amüsanter Briefwechsel (betr. Einführung des Kaffees in Merseburg).	13 17.
9. Kunstgeschichte.	
Brezien, Merseburger Grabdenkmäler aus der Barock- und Rokokozeit.	39.
Brezien, Die Beschreibung der Neumarktkirche und ihre kunstgeschichtliche Bedeutung.	61 71.
10. Personengeschichte.	
(Rademacher,) Otto Küstermann †.	45.
Goebel, Freiherr von Lühow.	53 57.
Goebel, Freiherr vom Stein.	78.
Seiffge, Ludwig Adolf von Zech.	27.
11. Naturgeschichte.	
Strasburger, Vom Aronstab und seinen Bettern.	5.

**IV. Tagesgeschichtliche Uebersicht.**

4 8 12 16 20 24 28 32
36 40 44 48 52 56 60 64
68 72 80 84 88 92 96 100.

**Beiträge**

für das Monatsblatt, die dankbar angenommen werden, sind zu senden an Herrn Privatmann R. Ortmann, Schmale Str. 17, Herrn Lehrer G. Brezien, Thietmarstraße 3, Herrn Oberlehrer Dr. W. Taube, Koonstr. 23, sämtlich in Merseburg.

Druck von L. H. Köhner in Merseburg.

